



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 145 März/2 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut *«Allgemeine Erklärung der Menschenrechte»*, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine *«Meinungs- und Informationsfreiheit»* vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs- mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der *«Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens»*, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====
=====
Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprähsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Der folgende Artikel wurde bereits im FIGU-Sonder-Bulletin Nr. 38 vom August 2007 veröffentlicht, hat aber nichts an seiner Gültigkeit verloren. Angesichts der politischen Weltlage und der letzten Endes durch ihren Gottes- und Religionswahn begründeten Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit der grossen Mehrheit der Erdenmenschen soll er nochmals allen Menschen angeboten werden, die selbst darüber nachdenken wollen, wie es dazu kommen konnte, dass sich die Menschheit von einer verschwindend geringen Zahl von Psychopathen willen- und tatenlos beherrschen, terrorisieren und in den Untergang treiben lässt.

Achim Wolf, Deutschland

Demokratie ...

... wie sie ist und wie sie sein sollte

Das Wort *«Demokratie»* stammt aus dem Griechischen und bedeutet *«Volksherrschaft»* resp. *«Herrschaft des Volkes»*. Irrigerweise ist die Mehrheit der Erdenmenschen der Ansicht, die auf unserem Planeten nach den Prinzipien und Spielregeln der irdischen Politik praktizierten Formen der *«Demokratie»* seien echte Demokratieformen im wörtlichen Sinne. Das ist aber nicht der Fall, denn eine wahrheitsgemäße, direkte Demokratie ist nur dann gegeben, wenn tatsächlich alle Macht, Entscheidungsbefugnis und Gewalt direkt beim Volk liegt. Die führenden Kräfte müssen dabei vom Volk direkt bestimmt werden und dessen Beschlüsse getreu durchsetzen. Ausnahmslos alle Entscheidungen des Volkes müssen durch Mehrheitsbeschlüsse direkt und völlig unbeeinflusst von jeder Propaganda und ohne vorherige Absprachen zustande kommen.

Andere Formen, wie die auf der Erde üblichen «Demokratien», sind dies nur dem Namen nach. In Tat und Wahrheit sind sie nämlich nichts anderes als Parteien- und Regierungsdiktaturen, die sich betrügerisch das Etikett «Demokratie» ans Revers geheftet haben, selbst wenn sie sich hochtrabende Bezeichnungen wie «Repräsentative (nationale) Demokratie», «Mehrheitsdemokratie», «Konsens-/Konkordanzdemokratie», «Delegative Demokratie» oder «Deliberative Demokratie» nennen. Wirkliche Demokratie ist nur möglich, wenn das Volk in Einigkeit zusammensteht und sich dessen bewusst wird, dass es die Verantwortung in die eigene Hand nehmen muss, weil es allein der wirkliche und wahre Souverän des Staates ist. Doch leider hapert es bei den Menschen der Erde ganz gewaltig an diesem Bewusstsein sowie an der Verantwortung, dem Zusammengehörigkeitsgefühl und an der Einigkeit, weshalb auch keine wahren Demokratien zustande kommen können, die diesen Namen auch verdienen. Die Gründe dafür können im Grossen und Ganzen wie folgt zusammengefasst werden:

1. Bewusstsein/Charakter der Menschen:

Mangelnde Verantwortungsbereitschaft für das eigene Leben und für das Wohl der Gemeinschaft; Gleichgültigkeit; Dummheit; Obrigkeitshörigkeit; kultreligiöse und sektiererische Verblendung; Unterdrückung der Selbständigkeit resp. Erziehung zur Unselbständigkeit; mangelnde Selbsterziehung; fehlendes Wissen bezüglich der eigenen Möglichkeiten und Pflichten; fehlende resp. mangelnde Kenntnis der schöpferisch-natürlichen Gesetze und Gebote, wodurch im Denken der Menschen Unlogik, Desorientierung und Ziellosigkeit regieren, was sie manipulierbar macht.

2. Politik- und Parteiensysteme:

Undemokratische Strukturen des Politik- und Parteiensystems; mangelnde menschliche Qualifikation der Politiker und Verantwortlichen; Bestechung und Käuflichkeit; rechtliche Immunität von Politikern, Wirtschaftsführern und Verantwortlichen; Lobbyistentum; zügelloses Machtstreben; überbordender Materialismus; Manipulation des Volkes durch Propaganda; Wahlfälschungen und Wahlbetrug; unzureichend organisierte und überwachte Wahlsysteme; Vetternwirtschaft; Desinformation durch Medien usw.

3. Globale Überbevölkerung:

Armut, Gewalt, körperliche, bewusstseinsmässige und psychische Degeneration der Menschen werden durch die Überbevölkerung regelrecht herangezüchtet. Folgen davon: Störungen in der Persönlichkeitsentwicklung und im zwischenmenschlichen Bereich; Sitten- und Moralzerfall; auseinanderfallende Familien- und Gesellschaftsstrukturen; Chaos und Anarchie; Überhandnahme von rigiden Machtstrukturen; Werteverlust und Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung. Die freie Enzyklopädie Wikipedia definiert den Begriff «Politik» wie folgt: «Der Begriff Politik wird aus dem griechischen Begriff «Polis» für Stadt oder Gemeinschaft abgeleitet. Er bezeichnet ganz allgemein ein vorausberechnendes, innerhalb der Gesellschaft auf ein bestimmtes Ziel gerichtetes Verhalten. Allerdings gibt es letztlich bis heute keine Einigkeit darüber, ob Macht, Konflikt, Herrschaft, Ordnung oder Frieden die Hauptkategorie von Politik ausmachen.» (<http://de.wikipedia.org/wiki/Politik>) Schon in dieser Definition kommt klar zum Vorschein, wovon die Formen der irdischen Politik geprägt sind: Von verfilzten Parteiensystemen, in denen sich die Meinungen und Interessen der Parteien, ihrer Anhänger und Nutzniesser unvereinbar gegenüberstehen. Uneinigkeit und Streit sind die Folge davon, was wiederum verhindert, dass die erforderlichen logischen Massnahmen ergriffen werden.

Das «vorausberechnende Verhalten» zielt dabei nicht auf das Gemeinwohl ab, sondern in erster Linie auf die Machterhaltung zu rein egoistischen Zwecken. In den Parteien herrscht nicht das demokratische Prinzip der freien Meinungsfindung, sondern ein terroristischer Meinungs- und Fraktionszwang, der Parteimitglieder und Abgeordnete zwingt, sich dem Willen der Parteibosse unterzuordnen und die eigene Meinung dem Diktat der Mächtigen zu opfern. Dass Abgeordnete bezüglich ihrer Entscheidungen nur dem eigenen Gewissen verpflichtet seien, wie es das Gesetz vorsieht, davon kann keine Rede sein. Die Parteiideologie/-philosophie resp. das Parteiprogramm entspricht einem Wunschbild, das nicht mit der Realität des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens übereinstimmt. Ein aktuelles Beispiel für das Versagen der Politik ist der G8-Gipfel der acht mächtigsten und wirtschaftskräftigsten Nationen (Deutschland, Frankreich, England, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA und die Europäische Kommission) im Juni 2007 in Heiligendamm/Deutschland, wo unter anderem über Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels verhandelt wurde. Einmal mehr blockierte der unfähige US-Präsident Bush alle Bemühungen um das Zustandekommen effektiver Beschlüsse und Massnahmen. Anstatt schnell und effektiv zu handeln, werden von den Regierenden stets eigene wirtschaftliche, militärische und sektiererische Interessen verfolgt. Der eigentliche Grund des Klimawandels und vieler anderer Missstände auf der Erde wird dabei verbrecherisch und feige verschwiegen, nämlich das explodierende Wachstum der Erdbevölkerung mit allen schlimmen Folgen für Mensch, Umwelt und Planet (siehe FIGU-Bulletin Nr. 36, 37 und FIGU Offener Brief Nr. 1). Das Hauptübel der irdischen Regierungsformen liegt darin, dass die Regierenden vom Volk nicht direkt gewählt und in ihre Ämter eingesetzt werden. In der Regel wird die Führung des Staates indirekt durch die gewählten Parteien und deren Bosse bestimmt. Die Bevölkerung erfüllt dabei im Grunde genommen nur den Zweck, die an die Macht strebenden Parteivertreter in bestimmten Zeitabständen mit ihren Stimmen zu unterstützen und ihnen damit alle Entscheidungsgewalt und Handlungsbefugnis zu übertragen, was von den Politikern

heuchlerisch ‹Ausübung freier, demokratischer Wahlen› genannt wird. Dem Volk wird dadurch verunmöglich, wirklich verantwortungsbewusste, wissende und weise Menschen und geeignete Führungskräfte durch direkte Wahlen einzusetzen. (Die aber, wie gerechterweise festgehalten werden muss, in der Regel auch nicht vorhanden sind, weil sie in den Parteien kaum oder keine Aufstiegsmöglichkeiten erhalten.) Vielmehr bestimmt ein korrupter Parteienapparat, der sich auf diktatorische Macht- und Hierarchiestrukturen stützt, wer die Regierung bildet und die Staatsgeschäfte ‹im Namen des Volkes› führt.

Nach den Wahlen fühlen sich die Regierenden nur noch selten dem Volk und dem Allgemeinwohl verpflichtet, sondern nur noch dem Erhalt der eigenen Macht. Kritiker und Rivalen werden nach Möglichkeit ausgeschaltet und mit allen Mitteln mundtot gemacht, wozu auch Rufmord gehört. Um das Volk gefügig zu machen, bedienen sich die Parteien grossangelegter Propagandamaschinerien, die durch Staatsgelder, Steuern, Spenden und verdeckte Bestechungsgelder finanziert werden. Wird das Volk im Rahmen von Abstimmungen nach seinem Willen befragt, dann wird es vorher durch ‹meinungsbildende Massnahmen› derart verwirrt und verunsichert, dass ein Mehrheitsbeschluss in der Regel genau ins Konzept der Politiker passt. Unerwünschte Abstimmungsergebnisse werden von den Politikbonzen mit geheuchelter Toleranz zur Kenntnis genommen und sofort unterlaufen, wenn das Volk alles vergessen hat und in die gewünschte Gleichgültigkeit und Lethargie zurückgefallen ist. Notfalls lässt man das dumme Volk mit immer ‹neuen Vorlagen› solange über denselben Punkt abstimmen, bis das gewünschte Ergebnis vorliegt. Betrachtet man neutral und unvoreingenommen die Art und Weise, wie in ‹demokratisch› regierten Staaten Entscheidungen zustande kommen, ist festzustellen, dass die Parteien – wie auch das bösartige EU-Krebsgeschwür – in Wahrheit diktatorische Machthaber sind, die das Volk suggestiv beeinflussen, wodurch dieses nicht mehr nach freiem Willen zu entscheiden vermag. Der Volkswille wird einfach verbrecherisch übergangen und ignoriert, wenn es der Politikmafia nicht ins Konzept passt. Das Volk ist allerdings zu grossen Teilen selbst an diesem Missstand schuld, weil ein einheitlicher, nach schöpferisch-natürlichen Gesetzen und Geboten ausgerichteter Volkswille nicht existiert. Gäbe es diesbezüglich Einigkeit unter den Völkern, dann wäre die logische Folge, dass Politiker, Regierende und sonstige Verantwortliche einen Nachweis über ihre Befähigungen erbringen müssten; das Volk einen Amtsinhaber sofort absetzen könnte, wenn dieser nachweislich unfähig oder nicht willens wäre, sein Amt nach Gesetz und Ordnung auszufüllen.

«Politik ist durch beständig verjüngte Illusion beseeltes Pendeln zwischen Anarchie und Tyrannie.»

Albert Einstein

Dieser Satz beschreibt die der Politik innewohnende Unfähigkeit, eine wirkliche Ordnung nach schöpferisch-natürlichen Gesetzmässigkeiten zu schaffen. Solange die überwiegende Masse der Menschen sich nicht der Geisteslehre/Lehre des Lebens nach Nokodemion/Henok zuwendet und in sich selbst und im äusseren nicht wirklichen Frieden, Freiheit, Harmonie und Liebe erschafft, und die Politik nur danach strebt, das Volk für dumm zu verkaufen, es zu entmündigen, total zu überwachen, materiell auszubeuten und auf seine Kosten zu leben, kann es keinen wirklichen Frieden auf der Erde geben.

«Der Geist der Demokratie kann nicht von aussen aufgepropft werden.

Er muss von innen herauskommen. Mahatma Gandhi

Um die Parteiensysteme zu überwinden, wäre es notwendig, den verbrecherischen Machenschaften der Parteien, Wirtschaftsbosse, Religionen, Sekten und Profiteure Widerstand entgegenzusetzen und durch eine wahrheitliche Demokratie zu ersetzen, in der das falsche Alte durch richtiges Neues abgelöst und ersetzt wird. Auch Mahatma Gandhi schaffte das nicht, weil er zwar durch eine ausgeartete Gewaltlosigkeit die Bevölkerung Indiens von der kolonialen Herrschaft des britischen Empire befreien konnte, sonst jedoch nichts erreichte. Hätte er Gewaltsame Gewaltlosigkeit zur Wirkung gebracht, hätte er nicht nur eine wirkliche Demokratie aufbauen, sondern auch das Kastenwesen sowie die ausgearteten religiösen und gesellschaftlichen Bräuche und alle anderen Falschheiten beseitigen und eine funktionierende Regierung nach den Gesichtspunkten des Volkswohles einsetzen müssen. Erst wenn die Völker sich dessen bewusstwerden, dass sie der eigentliche Souverän ihres Staates sind und dass die Regierenden und Führenden ausschliesslich zum Wohle ihrer Völker zu beschliessen und zu handeln haben, werden sie sich von ihren Tyrannen befreien und wahre Demokratien verwirklichen können. Diese Einsicht und Erkenntnis müsste sich im ganzen Volk verbreiten, damit es in Einigkeit den richtigen Weg zur Demokratie einschlagen und gehen kann. Das wird aber erst dann möglich, wenn ein grosser Teil der Menschen in bewusster Selbstverantwortung lebt und nach besten Möglichkeiten im Sinne der schöpferisch-natürlichen Gesetze und Gebote denkt, fühlt und handelt.

Heute ist das leider erst nur in kleinen Gruppen möglich, die sich nach den schöpferischen Gesetzmässigkeiten ausrichten. Solange die grosse Masse der Menschen nicht über die schöpferische Wahrheit belehrt wird und ihre Obrigkeitshörigkeit nicht ablegt, lässt sie sich weiterhin willenlos von verantwortungslosen

Regierungen und von den Irr- und Wahnsinnslehren der sie versklavenden Religionen und Sekten gängeln und opfert ihre Freiheit und Selbständigkeit auf dem blutigen Altar von Gläubigkeit und Materialismus.

«Politik ist die Summe der Mittel, die nötig sind, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um von der Macht den nützlichsten Gebrauch zu machen.» Machiavelli, um 1515

Die Motivation der meisten Politiker wird nicht durch den Willen bestimmt, dem Volk selbstlos zu dienen und den Volkswillen als ausführendes Organ umzusetzen, ohne eigenmächtig und ohne Volksmandat zu handeln – wie es gut und wünschenswert wäre. Vielmehr geht es ihnen meist um die Befriedigung ihrer Machtgier, das Streben nach materiellem Reichtum und ein luxuriöses Leben, das Erpressen sexueller Dienste und Ausschweifungen von den von ihnen Abhängigen usw. Oft werden sie angetrieben durch einen übermässigen Geltungstrieb, Selbstsucht und Egoismus sowie fehlende Menschlichkeit und die Unfähigkeit, Verantwortung zu tragen. Stattdessen klopfen sie lieber selbstherrlich grosse Sprüche, boxen sich durch Rücksichtslosigkeit, Mobbing und Kriecherei nach oben und gehen manchmal sogar im wörtlichen Sinn über Leichen. All dies verkörpert die ausgeartete Form der irdischen Politik. Eine neutral-postiv-ausgeglichene Form der Politik, wie sie auf der Erde sehr wohl möglich und dringend nötig wäre, bezeichnet der folgende Leitsatz:

«Politik ist die Gesamtheit aller Aktivitäten zur Vorbereitung und Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugutekommender Entscheidungen.» Thomas Meyer

Wer eine Gemeinschaft wahrheitlich zu deren Wohl leiten und führen will, muss in vielerlei Hinsicht als wahrer Mensch gebildet sein und wissen, wovon er spricht und wie er gemäss der jeweiligen Situation und den jeweiligen Erfordernissen zu handeln hat, um vorausschauend, aufbauend und fortschrittlich zu wirken. Ein solcher Mensch erteilt seinen Mitmenschen stets nur wohldurchdachte und nach den schöpferisch-natürlichen Gesetzen und Geboten ausgerichtete Ratschläge und arbeitet dementsprechende Richtlinien aus, wonach dann die Menschen nach eigenem Ermessen und in freier Entscheidung alles annehmen oder von sich weisen können.

Dazu gehören auch Massnahmen, die dem Unbedarften hart erscheinen mögen, die jedoch zur Abwendung schlimmer Folgen notwendig sind, wie z.B. ein sofortiger Geburtenstopp resp. Geburtenkontrollen nach harten, aber humanen Richtlinien im Falle der Überbevölkerung. Aus dem Annehmen oder Verwerfen der Ratgebungen entstehen bestimmte Folgen, die entsprechend der vorausgehenden Ursache zur Wirkung kommen. Handelt der Mensch richtig, dann erntet er Gutes resp. Ausgeglichenes. Handelt er falsch resp. schöpfungswidrig, wird er die negativen Früchte seines Tuns resp. seiner Versäumnisse ernten. Ein wahrer Weiser erteilt nur dann Befehle zum Wohle der gesamten Menschheit, wenn die Menschen noch nicht in der Lage sind, die Folgerichtigkeit dieser Anweisungen zu erkennen. Dies im Gegensatz zu Politikern, dem Militär, Papst und Gurus usw., die nach eigenem Gutdünken und zu ihrem eigenen Nutzen Befehle erteilen. Richtiges Führen und Leiten setzt ein grosses Mass an Bescheidenheit, Neutralität, Antimaterialismus, Geduld, Frieden, Liebe und Verstehen voraus, zudem ein grosses Wissen sowie eigens erarbeitete und durch Lebenserfahrung aufgebaute Weisheit. Diese Art von Lebensweisheit war und ist in hochentwickelter Form den wahren Propheten eigen, die von Zeit zu Zeit in Erscheinung getreten sind. Die Menschheit sollte sich glücklich schätzen, dass dies jetzt wieder der Fall ist, und zwar in der Person von **«Billy» Eduard Albert Meier, dem Propheten der Neuzeit (Anmerkung 28.2.2025: Billy bevorzugt die Benennung seiner Person als «Missionserfüller» oder schlicht und einfach «Lehrer», anstelle von «Prophet», siehe 618. Kontakt, Samstag, 21. März 2015, 14.43 Uhr).** Menschen wie er sollten es sein, denen die Völker vertrauen, nämlich tugendvollen Menschen, die weise, selbstlos und von Liebe geleitet handeln. Würden die Ratgebungen und Richtlinien dieser Weisen konsequent befolgt, dann könnte das Paradies auf Erden verwirklicht werden. Die Menschen sollten daher auf die Ratgebungen der Wissenden und Weisen hören, sie durch eigene Gedankenarbeit ergründen und ihre Logik und Gerechtigkeit nachvollziehen, wodurch sie ihre hohen Werte erkennen könnten. Sie würden sich dadurch nach und nach zu selbstdenkenden, eigenverantwortlichen Menschen entwickeln und ihrer Evolution Genüge tun.

«Das Verhängnis unserer Kultur ist, dass sie sich materiell viel stärker entwickelt hat als geistig (bewusstseinsmäßig).» Albert Schweitzer

Eine wahre Demokratie setzt voraus, dass die Menschen einander alle als absolut gleichwertig anerkennen und sich bewusstwerden, dass jeder Mensch seine eigenen Aufgaben nach besten Kräften im Dienste und zum Wohle aller auszuüben hat. Die Tugenden des Menschseins wie wahrer innerer Frieden, Respekt vor dem Leben, Toleranz, Güte, Geduld, Liebe und Nächstenliebe sind dabei äusserst hilfreich. Der Mensch muss lernen, seine Emotionen, seinen Egoismus, seine Triebe und seine Gier nach allem Materiellen zu

zügeln und zu kontrollieren, was er durch das Studium der Geisteslehre resp. die Lehre des Lebens und das regelmässige Üben einer zweckmässigen Meditation erlernen kann. Das Verwirklichen einer wahren Demokratie setzt aber auch voraus, dass die wichtigsten schöpferisch-natürlichen Grundsätze und Richtlinien gelernt, erkannt und befolgt werden. Dazu gehört die Einsicht, dass jeder Mensch in alleiniger und vollumfänglicher Verantwortung die Folgen seines Tuns tragen muss. Mit ihrem Denken setzen die Menschen ursächliche Kräfte ihres Bewusstseins und ihrer Psyche in Bewegung, die schöpfungsgesetzmässig zu ganz bestimmten Wirkungen führen und wiederum die ursächlichen Kräfte für neue Wirkungen sind. Jeder einzelne ist also mitverantwortlich, um nach und nach wahre Demokratien zu verwirklichen, denn jeder Mensch kann und soll immer bei sich selbst beginnen, wenn er etwas Gutes und Fortschrittliches erreichen will. Zitat aus FIGU-Bulletin Nr. 60:

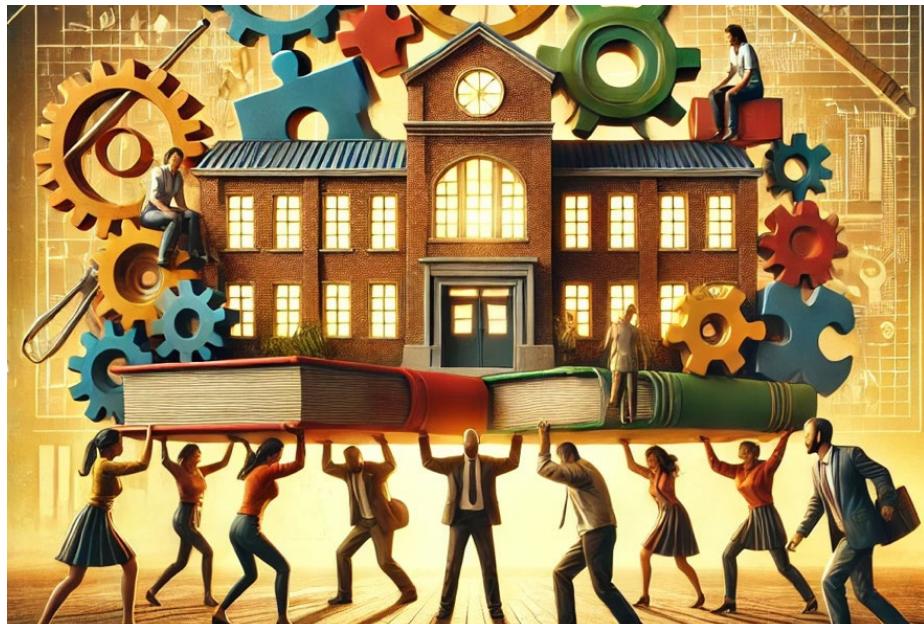
Demokratie bedeutet, dass das Volk in Einigkeit über das Wohl des Staates und der Bevölkerung bestimmt – doch was als Demokratie tatsächlich vom Volk und von den Regierenden verstanden, gehabt sowie ausgeübt wird, ist eine Politform, die von den Staatsmächtigen und von einer sehr dummen Mehrheit des Volkes unheilvoll und dem Wohl feindlich regiert wird.

Semjase-Silver-Star-Center, Billy, Freitag, 4. Februar 2005, 00.55 Uhr

INFOsperber

sieht, was andere übersehen.

3.3.2025



«Die Schulen haben in den letzten Jahren grosse Herausforderungen gestemmt.»
Was das wohl heissen mag? © KI-Bild/Chat-GPT

**PR-Sprache – auch Journalisten verwenden sie
Früher gab es «Probleme» und «Schwierigkeiten». Heute kaum mehr.
Heute gibt es fast nur noch «Herausforderungen».**

Marco Diener

Radio SRF berichtete: «Die Schulen haben in den letzten Jahren grosse Herausforderungen gestemmt.». Damit war mit vielen Worten so gut wie nichts gesagt. Und es war eine Beschönigung, die aus einer PR-Küche stammen könnte, aber nicht von einem seriösen Radio verbreitet werden sollte.

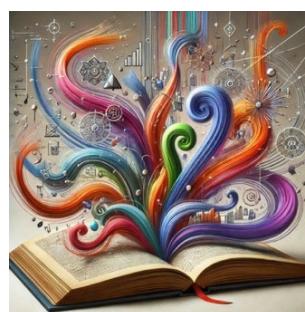
Es ging um Corona, die Integration ukrainischer Kinder, den Mangel an Lehrern und Lehrerinnen. Also um veritable «Schwierigkeiten» oder sogar «Probleme», nicht bloss um «Herausforderungen».

Und was bedeutet «stemmen»? Waren die Schulen mit den Problemen «beschäftigt»? Waren sie davon «überfordert»? Haben sie die Probleme «gelöst»? Die deutsche Sprache hielte so viele Wörter bereit, welche die Sache benennen. «Herausforderungen stemmen» hingegen sagt nichts aus.

Hier finden Sie in alphabetischer Reihenfolge lauter Wörter von H bis O, welche die Verständlichkeit eines Textes erschweren oder die Tatsachen verschleiern:

- **Herausforderung:** siehe Haupttext oben.
- **hochpreisig:** Ist ein PR-Wort. «Hochpreisig» bedeutet «teuer».

- **horizontal:** Ganz einfach: «waagrecht».
- **HR:** Warum nicht «Personalwesen» oder «Personalabteilung»? Wäre deutsch. Und verständlich.
- **HR-Chef:** Und warum nicht «Personalchef»?
- **Indigene:** Wurde wohl erfunden, damit wir nicht mehr von «Eingeborenen» sprechen. Aber es gäbe ja noch die «ursprüngliche» oder die «einheimische Bevölkerung». Das verstünden dann auch Nicht-Akademiker.
- **inklusiv:** Wer «inklusiv» hört, denkt möglicherweise als Erstes an Gratis-Alkohol im Pauschalferien-Hotel. Aber Alkohol oder andere Inklusiv-Leistungen sind damit nicht gemeint. «Inklusiv» bedeutet, dass niemand ausgeschlossen werden soll. Könnte man auch so sagen.
- **Job:** Englische Wörter sind häufig kürzer als deutsche. Der «Job» ist ein Beispiel dafür. Doch was nützt ein kurzes Wort, wenn es eine Verallgemeinerung ist? Wenn es alles Mögliche bedeuten kann: «Beruf», «Stelle», «Arbeit», «Auftrag», «Mandat».
- **Kassenbon:** «Den Kassenbon wollen Sie?», fragen die Angestellten an der Supermarktkasse neuerdings. Keine Ahnung, wer die Weisung erlassen hat, dass der «Kassenzettel» oder die «Quittung» nun «Kassenbon» heißen soll. Mit einem «Bon» oder einem «Gutschein» hat der Papierstreifen ja nichts zu tun. Er ist wertlos, solange man nichts umtauschen will.
- **kompliziert:** Neuerdings ist alles «kompliziert»: in der Politik, im Sport, auf der Arbeit. «Kompliziert» dürfte aus dem Englischen oder aus dem Französischen entlehnt sein: «It's complicated.» Oder: «C'est compliqué.» Dabei ist es häufig gar nicht «kompliziert», sondern blass «schwierig».
- **Kreditausstände:** Bankenjargon. «Kreditausstände» sind nichts anderes als «Schulden».
- **kritisch:** Radio SRF berichtete kürzlich über «kritische» Rohstoffe. Was das heisst? Erfuhren die Zuhörer nicht. Gemeint sein können Rohstoffe, die «wichtig» sind, «dringend nötig», «knapp», «selten» oder «rar», «gefragt», «begehrbt», aber auch «heikel» oder «gefährlich». Warum sagen uns die Radioleute nicht, was Sache ist?
- **Kulinistik:** Modewort. Es bedeutet «Kochkunst». Warum also nicht «Kochkunst» sagen? Das Wort ist gleich lang. Und erst noch für alle verständlich.
- **Leak:** Stammt aus dem Englischen und bedeutet «Leck». Das deutsche Wort ist gleich lang. Und erst noch verständlich. Aber das hatten wir doch eben erst.
- **Leuchtturmprojekt:** Die «Neue Zürcher Zeitung» kritisierte schon vor zehn Jahren: «Der Ausdruck «Leuchtturmprojekt» gehört in die Kategorie der «Quantensprünge» und «Meilensteine». Auch bei diesen Schlagwörtern geht es in erster Linie darum, einer an sich banalen Sache mit einer glänzenden Etikette einen superlativen Hauch zu verleihen. Meist steckt aber weniger drin, als die pompöse Verpackung verspricht.» Dem ist nichts hinzuzufügen.
- **LKW:** In der Schweiz werden sperrige und schwere Güter von einem «Camion» transportiert oder von einem «Lastwagen». Aber bestimmt nicht von einem «Lastkraftwagen». Die Abkürzung müsste daher «LW» heißen. Wenn eine Abkürzung überhaupt nötig ist.
- **Mangellage:** Seit ein paar Jahren fürchten wir uns vor allerlei «Mangellagen»: etwa beim Strom oder beim Gas. Aber warum «Mangellage»? Warum nicht einfach «Mangel»?
- **margenstark:** Das ist Managerjargon. Und bedeutet eigentlich «einträglich». Aber das tönt ein bisschen entlarvend.
- **marktfisch:** Reine Werbesprache. Die Migros verkauft Lageräpfel und Lagerkarotten, die mehr als ein Jahr im Lagerhaus lagen, tatsächlich als «marktfisch».
- **Meeting:** Das ist eine «Sitzung». Oder ein «Treffen».
- **Narrativ:** Das «Narrativ» ist ein perfides Wort. Nur unterschwellig ist damit gesagt, dass etwas faul ist. Genau so wie bei der «Erzählung» im zweiten Teil dieser kleinen Serie. Wer von einer «Erzählung» oder einem «Narrativ» spricht, der unterstellt, dass etwas nicht stimmt. Deshalb: Warum nicht gleich «Behauptung», «Gerücht», «Märchen», «Lügengeschichte»? Damit wäre das Problem benannt.



Ein «Narrativ», wie es sich Chat-GPT vorstellt. © KI-Bild/Chat-GPT

- **Null, rote:** Wirtschaftsjargon. Eine «rote Null» ist ein «kleiner Verlust». Aber das Wort «Verlust» klingt nicht gut.
- **Null, schwarze:** Ebenfalls Wirtschaftsjargon. Aber ein «kleiner Gewinn».

- **offensiv:** «Offensiv» bedeutet eigentlich «angriffig». So wird das Wort beispielsweise auch im Sport verwendet. Neuerdings ist aber auch von «offensiver Sprache» die Rede. Doch damit ist nicht «angriffig», sondern «beleidigend» gemeint. Das ist nicht das Gleiche. Deshalb sind die beiden deutschen Wörter erste Wahl.
- **On-Boarding:** Klingt gut. Aber bedeutet eigentlich bloss: Der oder die neue Angestellte wird «eingearbeitet».
- **Opportunität:** Börsensprache. Heisst nichts anderes als «Möglichkeit» oder «Gelegenheit». Tönt aber kompetenter.

INFOsperber

sieht, was andere übersehen.

11.03.2025



Israelische Soldaten zeigen im syrischen Teil des Bergs Hermon die israelische Flagge.
© Courtesy Times of Israel

Medien behandeln unschuldige Kriegsopfer sehr unterschiedlich

**Seit Präsident Donald Trump die Medien in Atem hält,
fallen relevante Informationen noch mehr als sonst unter den Tisch.**

Urs P. Gasche

Über die klitzekleine Auswahl an Informationen aus aller Welt, über die grosse Medien informieren, und über viel Relevantes, worüber sie nicht informieren, könnte man ein Buch schreiben. Im Folgenden nur einige aktuelle Beispiele.

Besetzte Gebiete

Nicht nur Russland besetzt im Donbas völkerrechtswidrig Territorium eines fremden Landes. Die USA kontrollieren mit 2000 US-Soldaten und mit US-Militärstützpunkten («Al Tanf, Al Shaddadi») zusammen mit den Syrischen Demokratischen Kräften völkerrechtswidrig syrisches, von Kurden bewohntes Territorium (Provinz al-Hasaka). Dort befinden sich grosse Ölfelder.

Über die dortigen Zustände berichten Medien selten.

Auch Israel besetzt völkerrechtswidrig syrisches Territorium (siehe weiter unten).

Die Türkei besetzt ebenfalls in Nordsyrien völkerrechtswidrig etwa 10'000 Quadratkilometer Land und vertreibt dort die Kurden.

Weiter hält die Türkei bereits seit 1974 völkerrechtswidrig Nordzypern besetzt.

Marokko besetzt seit 1975 völkerrechtswidrig grosse Teile der Westsahara.

Getötete Kinder

Medien berichteten über Schweigeminuten für die beiden von der Hamas entführten und getöteten Kinder Ariel und Kfir Bibas und zeigten Bilder von ihnen. Dagegen gibt es von den 18'000 getöteten oder verhungerten Kinder in Gaza weder Namen noch Bilder.

Neue Totalblockade gegen den Gazastreifen

Es war bisher höchstens eine Meldung wert und über die dramatischen Folgen wurde kaum informiert: Seit dem 2. März 2025 blockiert Israel den Einlass von Hilfsgütern in den Gazastreifen. Unterdessen hat Israel in Gaza auch noch den Strom abgestellt. Opfer sind in erster Linie Kranke, Frauen, Kinder und Betagte. Über deren desolate Lage berichtet vor Ort fast nur Al-Jazeera. Doch dessen Berichte boykottieren westliche Medien.

Die Blockade und der Stromunterbruch sollen die Hamas zwingen, einem weiteren Austausch «Geiseln gegen Gefangene» zuzustimmen, ohne über die vereinbarte zweite Phase des Waffenstillstandsabkommens zu verhandeln.

Israels Angriffskrieg gegen Syrien

Seit dem Sturz von Syriens Präsident Assad hat Israel schon Hunderte Ziele in Syrien völkerrechtswidrig bombardiert und eine entmilitarisierte Zone in Syrien besetzt. Das verstösst gegen das 1974 von Israel mit Syrien geschlossene Abkommen. Sogar Gebiete ausserhalb dieser Pufferzone hat Israel militärisch besetzt und in Beschlag genommen, darunter den syrischen Teil des Berg Hermon.

Am 25. Februar forderte die syrische Nationale Dialogkonferenz die internationale Gemeinschaft auf, Druck auf Israel auszuüben, um jegliche «Aggressionen» zu stoppen, und verurteilte «den israelischen Einfall in syrisches Gebiet».

Das war nicht einmal eine Meldung wert.

Wieder mehrere tausend Tote im Konflikt in Ostkongo

Allein in der jüngsten Kriegsphase sind nach Angaben des Uno-Sicherheitsrats mehr als 3000 Menschen getötet und tausende weitere verletzt worden. Die humanitäre Krise in den von den M23-Rebellen besetzten Gebieten und in Flüchtlingslagern verschärft sich dramatisch. Epidemien wie Cholera und Mpox haben die Lage verschärft.

Zivile Opfer sind überall gleich betroffen

Medien müssen über zivile (und militärische) Opfer als Folge von Kriegen informieren. Allerdings können Opferberichte dazu dienen, einseitig Emotionen zu schüren.

Kinder, Frauen und Betagte, die bei kriegerischen Auseinandersetzungen verletzt werden oder sterben, haben den gleichen Stellenwert – gleichgültig, ob sie in der Ukraine oder in Israel leben oder in Russland, im Westjordanland, in Gaza, in Sudan oder in der Demokratischen Republik Kongo.

Generell ist festzustellen: Wenn noch so unermessliche humanitäre Katastrophen länger anhalten, verschwinden sie tendenziell aus den Informationen grosser Medien – besonders wenn sie sechs und mehr Flugstunden entfernt stattfinden und keine Westeuropäer oder US-Bürger betroffen sind.

700 Milliarden EU-Ausgaben für Kiew und Verteidigung – eine Verhöhnung der Wähler

Von Uwe Froschauer, Februar 24, 2025

Gleichgültig, welche Kriegstreiberpartei die Wahl auch gewonnen hätte, ob es die Grünen, die SPD, die FDP gewesen wäre oder ob es der tatsächliche Wahlsieger CDU/CSU ist: Eine Zustimmung – egal welcher Partei – zu diesem 700-Milliarden Paket ist eine Ohrfeige für den deutschen und europäischen Wähler. Die finanziellen Mittel sollen für die ukrainische Armee, für die eigene Aufrüstung und den Wiederaufbau der Ukraine ausgegeben werden. Den Wiederaufbau der Ukraine – der geschätzte 1000 Milliarden Euro kosten soll – haben die USA, die dort ihren Stellvertreterkrieg führten, ihren europäischen «Freunden» im «Wertewesten» zugeschoben, während sie sich um die Ausbeutung der ukrainischen Bodenschätze kümmern.

Die vor der Wahl in Aussicht gestellten Verbesserungen für die Wählerschaft – die marode Infrastruktur, die Ausstattung der Schulen, der Gesundheitsschutz, die Bildung, die Pflege, der Klimaschutz, die Finanzierung der Kommunen usw. betreffend –, die je nach Partei zwischen 30 und 150 Milliarden erfordern würden, wären mit diesem riesigen Ausgabeprogramm für Rüstung nicht realisierbar. Komisch, dass in den Wahl-

arena-Runden nicht ausführlich darüber diskutiert wurde. Vermutlich waren sich die Altparteien darüber einig, dieses heisse, den Wähler betrügende Eisen nicht anzufassen. Der Wähler soll in «unserer Demokratie» – das Lieblingswort deutscher Antidemokraten – seine Kreuzchen machen, ohne schon im Vorfeld zu wissen, dass er letztlich noch stärker wie in den Jahren zuvor abgezockt wird, egal für welche Partei des Parteienkartells Union, SPD, FDP oder Grüne er votiert.

Kriegsministerin der USA und Plappermaul Annalena Baerbock bestätigte die Information der Nachrichtenagentur Bloomberg, dass europäische Regierungsvertreter an einem «neuen, umfangreichen Paket zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Unterstützung Kiews» arbeiten. Diese Informationen sollten den deutschen Wählern jedoch erst verkündet werden, nachdem sie ihre zwei Kreuzchen am 23. Februar gemacht haben, um den bellizistischen Parteien nicht die Tour zu vermasseln. Bloomberg wörtlich: «Die Ausgabenpläne werden erst nach der deutschen Wahl am 23. Februar bekannt gegeben, um Kontroversen vor der Abstimmung zu vermeiden ...»

Entschuldigen Sie meine Wortwahl, werte Leserinnen und Leser, aber kommt man sich da als Wähler nicht ein wenig verarscht vor, erst nach der Wahl erfahren zu sollen, dass die Steuern nicht in die versprochenen Massnahmen und Projekte wie Renovierung von Strassen, Brücken, Schulen, und Verbesserung des ange schlagnen Wohlstands und dergleichen fliessen sollen, sondern in die Kriegsmaschinerie?

Die Kriegstreiberin und noch amtierende Aussenministerin Annalena Baerbock, deren Partei 2021 mit dem Slogan «Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete» auf Plakaten Wahlkampf machte, und auf Facebook postete: «Wir setzen uns für das Export-Verbot von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete ein», schwärzte geradezu für den geplanten Rüstungssegen in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg am 17. Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Sie verriet – ich denke das ist bei Frau Baerbock immer das passende Wort was ihre Wähler und die einstige pazifistische Ideologie der Grünen angeht – der Nachrichtenagentur:

«Wir werden ein grosses Paket auf den Weg bringen, das es in dieser Dimension noch nie gegeben hat.» Sie deutete laut Berliner Zeitung an, es könnte um Rekordausgaben in Höhe von ungefähr 700 Milliarden gehen, und verteidigte die horrende Summe wie folgt:

«Ähnlich wie beim Euro oder der Coronakrise gibt es jetzt ein Finanzpaket für die Sicherheit in Europa. Das wird in naher Zukunft kommen.»

Über die mentalen Fähigkeiten dieser Dame wurde schon des Öfteren von anderen und auch von mir berichtet. Ich möchte mich an dieser Stelle auch nicht darüber auslassen, dass Frau Baerbock ihre zwei Märchenbücher, das eine vom transatlantischen Herausgeber und das andere – in grünem Umschlag gehalten – mit wechselnden Inhalten, beispielsweise vom Pazifismus zum Bellizismus und so weiter, dass Baerbock ihre Märchenbücher, die auch intensiv vom «bösen Putin», den Gutmenschen wie Baerbock und Habeck – die «Auftragskiller der deutschen Industrie» – entgegentreten müssen, anscheinend noch nicht zugeschlagen hat, und deren Inhalte nach wie vor nachplappert, ohne sich über den Unsinn dieser Inhalte auch nur im Geringsten bewusst zu sein. Die Grünen sind in meinen Augen zur Kriegstreiberpartei Nummer 1 in Deutschland mutiert, wie zahlreiche dümmliche Aussagen von Politikern wie Kriegsdienstverweigerer Anton Hofreiter und Kriegsministerin Annalena Baerbock wohl zweifellos belegen.

Der monströse grüne Mutant postete 1 Woche vor der Bundestagswahl 2021 auf Facebook:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beitrag

 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN •
21. September 2021 ·

Wir setzen uns für das Export-Verbot von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete ein.

Dafür braucht es:

- ein deutsches Rüstungsexportkontrollgesetz und ein Verbandsklagerecht bei Verstößen
- wirksame Endverbleibskontrollen von Waffen
- den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren und private Militärfirmen verbieten.
- eine strengere europäische Kontrolle von Rüstungsgütern
- die Knüpfung von Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien

👉 Du findest es ist Zeit, Rüstungsexporte in Kriegsgebiete zu stoppen? Dann GRÜN wählen am 26. September oder schon heute per Briefwahl!

<https://www.facebook.com/B90DieGruenen/posts/10161105036148219/>

Nicht besonders geehrte Frau Baerbock: Stellt die Politik Ihrer Partei während der Regierungszeit der katastrophalen Ampelkoalition nicht eine 180 Grad-Wende – das ist die richtige Wortwahl, Frau Baerbock, und nicht 360 Grad-Wende – zu Ihren Wahlversprechen dar?

Okay, vielleicht stellt das Agieren der Grünen tatsächlich eine «360 Grad-Wende» dar, da die Grünen unter Vize-Kanzler und Aussenminister Joschka Fischer nach ihrer führenden Teilnahme am völkerrechtswidrigen Krieg in Jugoslawien und der damit verbundenen Verantwortung gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete schon vor ein paar Jahrzehnten ihrem angeblichen Pazifismus nicht treu geblieben sind.

In Ihrem Facebook-Post schreibt Ihre Partei, Frau Baerbock, unter anderem „... den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren und private Militärfirmen verbieten“. Wie steht es dann mit dem rechtsradikalen, mordenden, folternden und kriegsverbrecherischen Asow-Bataillon in der Ukraine? Die im Frühjahr 2014 von nationalistischen Politikern gegründete Miliz, die mitverantwortlich für den Tod von mehr als 14'000 ostukrainischen Menschen zwischen 2014 und 2022 waren – darunter viele Zivilisten – unterstützen Sie und Ihre Partei mit finanziellen und militärischen, steuerfinanzierten Zuwendungen. Ihre Gutmenschen-Kriegstreiber-Doppelmoral stinkt zum Himmel! In Deutschland «Demonstrationen gegen Rechts» – das heisst gegen die AfD – anzetteln, die in keiner Weise rechtsextrem ist, und gleichzeitig ultrarechte Kräfte in der Ukraine unterstützen!

Frau Baerbock verkündete überdies, dass Deutschland bisher schon 44 Milliarden Euro für die Ukraine ausgegeben habe. Wollen die transatlantische Vasallin und andere europäischen Kriegstreiber mit einer Vervielfachung der europäischen Rüstungsanstrengungen – bisher hatte die EU 134 Milliarden für die Ukraine ausgegeben – möglicherweise Eindruck beim neuen amerikanischen Präsidenten schinden?

Auch Olaf Scholz teilte mit, dass «die Ukraine am Ende jeder Verhandlungslösung über Streitkräfte verfügen (müsсе), mit denen sie jeden erneuten russischen Angriff abwehren kann» und «dafür werden wir Europäer ... weiterhin gebraucht».

Warum gefährden die deutschen Kriegstreiber, insbesondere die Grünen und die Union das Leben der deutschen Bürger mit ihrer bellizistischen, die Worte «Nie wieder!» vergessenden Gesinnung? Warum faseln sie von der notwendigen, in Wirklichkeit sinnentleerten, steuerverschwendenden Aufrüstung in Europa mit der Begründung, der Russe könnte auch in Deutschland irgendwann stehen?

Greenpeace-Experten haben darauf verwiesen, dass die NATO-Staaten momentan etwa zehnmal so viel Geld für ihre Streitkräfte ausgeben wie Russland. Selbst ohne die Ausgaben der USA und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft bleibt das deutliche Übergewicht zugunsten der NATO – 430 Milliarden zu 300 Milliarden US-Dollar – bestehen.

Diese nüchternen Zahlen belegen zweifellos, dass Europa und Rest-NATO – auch ohne die Hilfe der USA – im Bereich konventioneller Waffen eindeutig überlegen sind. Mehr hierzu unter <https://www.welt.de/wirtschaft/article254461586/Greenpeace-Studie-Nato-ist-Russland-militaerisch-ueberlegen-mit-einer-Ausnahme.html>

Mein geschätzter Kollege, der Analyst und Journalist Albrecht Künstle stellte mir folgende Zahlen, versehen mit seinen Kommentaren zur Verfügung:

«Die Auswertung frei zugänglichen Materials zeigt folgende Ergebnisse: Die USA tragen immerhin 67 Prozent der Militärausgaben der NATO, 33 Prozent entfallen auf die anderen Mitgliedsländer. Wie aber fällt der Vergleich mit Russland aus? Mit den USA ist die NATO Russland vielfach überlegen, wie diese Zahlen zeigen. Aber wie sähe es aus, wenn Europa auf sich alleine gestellt wäre? Für einen Näherungswert, wenn man keinen Zugang zu den tatsächlichen Zahlen hat, sind die Gesamt-NATO-Zahlen um den US-Anteil von 67 Prozent zu reduzieren. Somit ergibt sich folgender Vergleich zwischen Europa (jeweils erstgenannte Zahl) und Russland (jeweils zweitgenannte Zahl):

- Militärisches Personal: 0,8 zu 1 = Europa ist unterlegen (wobei sich die Frage stellt, ob die russischen Soldaten aus dem Jahr 2023 alle noch leben; abgesehen davon: Mit seinen 1'320'000 Soldaten muss Russland unglaubliche 62'000 Kilometer Grenzen sichern)
- Luftwaffe insgesamt: 1,5 zu 1 = Europa ist deutlich überlegen
- davon Tankflugzeuge: 11,4 zu 1 = Europa ist haushoch überlegen (für Verteidigung braucht man gar keine solchen Tankflugzeuge)
- davon Hubschrauber: 1,8 zu 1 = Europa ist stark überlegen
- Raketen: fehlen in den Statistiken seltsamerweise

Bei den Landstreitkräften ergibt sich ein heterogenes Bild:

- Kampfpanzer: 0,66 zu 1 = Europa ist unterlegen (wobei schon billige Panzerfäuste die teils antiquierten russischen Panzer ausser Gefecht setzen)
- Panzerfahrzeuge: 2,4 zu 1 = Europa ist stark überlegen (wobei die russischen Modelle eher «fahrende Särge» sind)
- Artillerie: ca. 0,25 zu 1 = Europa ist deutlich unterlegen (welcher Art und in welchem Bereich, geht aus den Daten nicht hervor)

Bei den Seestreitkräften sieht die Lage wie folgt aus:

- Flugzeugträger: 11 zu 1, Europa ist massiv überlegen (für Russland zählt destasis nur einen Träger, siehe oben; hingegen sind es auf NATO-Seite noch viel mehr, nämlich 32 einschliesslich der Trägerflotte der USA und anderer nichteuropäischer NATO-Staaten) Doch Europa dominiert hier auch ohne die USA Russland haushoch; abgesehen davon, dass Träger eigentlich nur Invasoren benötigen)
- Zerstörer: 3,3 zu 1 = Europa ist stark überlegen (allerdings wird dieser Schiffstyp laut Eigenbezeichnung nicht für Verteidigung gebraucht, sondern zur Zerstörung)
- Fregatten: 3,5 zu 1 = Europa ist stark überlegen (vielseitige Kriegsschiffe, selten für Verteidigung genutzt)
- U-Boote: 0,8 zu 1 = Europa ist leicht unterlegen (U-Boote werden allerdings vor allem im Nordatlantik und Eismeer gebraucht, in Europa kaum)
- Patrouillenboote: 1,3 zu 1 = Europa ist leicht überlegen (dieser Schiffstyp ist zur Beobachtung und Verteidigung durchaus nötig).

Bleiben noch die Nuklearwaffen: Hier herrscht ein nachgerade furchterregendes Gleichgewicht des Schreckens mit jeweils über 5000 Sprengköpfen auf US- und russischer Seite. Als einzige Europäer verfügen Briten und Franzosen über strategische Atomwaffen, wobei die Overkill-Kapazitäten auch bei weit geringerem Mengenverhältnis fatal sind. Verteidigen lässt sich damit sowieso kein Land – sondern nur opfern.“

Mehr hierzu unter <https://ansage.org/ein-ende-des-gemetzels-in-der-ukraine-ist-in-sicht-doch-wie-geht-es-mit-der-nato-weiter/>

Fazit:

Die mittlerweile diskutierten 3%, 3,5%, bis 5% vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines NATO-Landes entbehren jeder sachlichen Grundlage. CDU, Die Grünen, FDP und AfD überbieten sich gegenseitig, die angeblich notwendigen Ausgaben für die eigene Aufrüstung betreffend. Jedes Prozent Steigerung bedeuten umgerechnet 43 Milliarden Mehrausgaben für Rüstung. Bei fünf Prozent würden Rüstungsausgaben knapp die Hälfte des Bundeshaushalts in Anspruch nehmen. In meinen Augen für nichts und wieder nichts, weil persönlich unterentwickelte Menschen sich diesen Wahnsinn einbilden, ausgetragen auf dem Rücken der schwer schuftenden Bevölkerung.

Selbst die 2024 bereits erreichten 2% in Deutschland sind entschieden zu hoch. Sie stehen dem einstigen Credo «Nie wieder Krieg!» entgegen, und müssen irgendwie finanziert werden – entweder durch eine fatale Lockerung der Schuldenbremse oder durch eine Erhöhung der Staatseinnahmen in Form von Steuern und Abgaben und/oder Reduzierung der Staatsausgaben in Form von Minderung der Sozialleistungen wie beispielsweise Renten.

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte bei Maybrit Illner (transkribierter Text):

Olaf Scholz:

«Aber nochmal, damit es einmal klar gesagt ist: Niemand, Sie nicht, ich nicht, niemand hier im Raum, keiner von den Fernsehzuschauern und Zuschauern, und vor allem niemand im Deutschen Bundestag, keine Bundesregierung – egal wer sie ist – wird in diesem Jahr nicht die Frage beantworten müssen: Wo kommt das fehlende Geld her? Und wenn man die Frage nicht so beantwortet, wie ich vorschlage, durch eine gesonderte Kreditaufnahme wegen der Ukrainekosten von 12 bis 15 Milliarden Euro, dann muss man sagen, wir investieren nicht mehr in die Straßen, wir machen das nicht mit der Bahn, wir kürzen bei der Rente, wir kürzen bei Gesundheit und Krankenversicherung ...»

Maybrit Illner unterbricht mit

«Vorsicht ...»

Scholz weiter mit

«Nein so ist es ...»

Maybrit Illner führt aus:

«Also Michael Roth – das ist ihr Partei Kollege – sagt, keine Rentnerin, kein Rentner müssen Angst davor haben, dass wegen unserer Solidarität mit der Ukraine Renten gekürzt werden. Das sind Garantieleistungen ...»

Scholz fährt fort:

«... aber trotzdem muss das Geld ja gefunden werden und dann muss man es irgendwo wegnehmen ...» Herr Scholz, ich kann Ihnen nicht verhehlen, dass Sie in meinen Augen ein Übel für Deutschland waren, aber das bei Weitem kleinere Übel wie der Kriegstreiber und BlackRock-Vertreter Friedrich Merz und die Grünen es für Deutschland sind. Dennoch kann ich Ihren Worten bei Maybrit Illner nicht zustimmen. Die Lösung des von Ihnen thematisierten Problems ist viel einfacher, und dürfte jedem zehnjährigen Kind klar sein: Die noch immer von Russland ausgestreckte Hand nehmen und kräftig schütteln, die Kriegstreiber ein für alle Mal aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland und Europa verbannen, sich von den Terroristen, die den Anschlag auf die Nordstream-Pipelines verübt haben, trennen, die Rüstungsausgaben wieder auf ein Minimum, zum Beispiel auf maximal ein Prozent des BIP herunterfahren, und mit den eingesparten Mitteln die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur und die Anhebung der

Sozialleistungen Deutschlands finanzieren. Eine Lockerung der Schuldenbremse wäre damit auch obsolet. Und das ist kein Bilderbuchdenken meinerseits, sondern gesunder Menschenverstand, der Bellizisten wie Roderich Kiesewetter (Grüne), Annalena Baerbock (Grüne; insbesondere hinter den Ohren), Anton Hofreiter (Grüne), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Boris Pistorius (SPD), Norbert Röttgen (CDU) und Konsorten, abhandengekommen ist oder auch nie vorhanden war, wie ich meine.

Nochmals zu folgendem Satz, Herr Scholz:

«... aber trotzdem muss das Geld ja gefunden werden und dann muss man es irgendwo wegnehmen ...» in diesem Blog, den ich alleine ohne jede fremde Unterstützung – inhaltlich wie finanziell – betreibe, steckt mein Herzblut. Ich möchte meine diesbezügliche – meines Erachtens nutzbringende – Aktivität keinesfalls einschränken. Der Zeitaufwand hierfür reduziert jedoch meine Möglichkeiten für den Broterwerb. Für eine Spende wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Sie als Bundeskanzler und letztlich Chef der SPD müssten am Gemeinwesen, das sich im Niedergang befindet, besonders interessiert sein, und zwar am aktuellen und am zukünftigen. Wenn Sie die Schuldenbremse wegen etwas Unproduktiven wie Rüstungsausgaben lockern, tun Sie den zukünftigen Generationen keinen Gefallen. Wenn Sie es mit einer Reduzierung der Sozialleistungen oder einer Steuererhöhung versuchen, geht es zu Lasten der aktuellen Steuerzahler und Bürger. Die Lösung ist sehr einfach: Sich von Imperialisten nicht mehr instrumentalisieren lassen und mit seinen Nachbarn friedlich zusammenleben. Dann braucht es keine Aufrüstung mit todbringenden Waffen, und man müsste sich keine Gedanken über die Finanzierung machen. Haben Sie und andere Politiker des Parteienkartells sich schon einmal mit dem Begriff «Verhandlungen» auseinandergesetzt, oder wurde er durch das Wort «Waffenlieferungen» ersetzt?

Wenn deutsche Politiker noch ein paar Jahre so weitermachen, wird Deutschland ein – vielleicht zertrümmertes – Armenhaus sein.

Insbesondere die SPD und die Grünen, wollen die höheren Rüstungsausgaben über eine Lockerung der Schuldenbremse finanzieren, um die sozialen Einschnitte vorerst etwas abzumildern. Über eine Lockerung der Schuldenbremse für sinnvolle, wertschöpfende Ausgaben beispielsweise für die Sanierung der Infrastruktur, die einen dreistelligen Milliarden Betrag kosten würde, könnte man reden. Aber für Panzer und weiteres todbringendes Gerät? Wo ist bei diesen schwachsinnigen «Investitionen» eine langfristige Wertschöpfung in Aussicht? Mit solchen unproduktiven Investitionen werden Werte nicht geschöpft, sondern Menschenleben vernichtet, ihr gewissenlosen Kriegstreiber! Ich habe keinen Bock darauf, dass meine Tochter und ihre Kinder für diesen Bockmist, den ihr verzapft, in Form von Zinsen und Tilgung zahlen müssen. Zudem gefährdet ihr das Leben meiner Tochter mit eurer bescheuerten Aufrüstung!

Es gibt nicht einen einzigen Grund, die Militärausgaben zu verdoppeln – selbst dann nicht, wenn die USA nicht mehr von der Partie sein sollten. Warum also mit diesem wahnsinnigen Wettrüsten beginnen? Weil die USA es wieder einmal verlangen? Sollten sich Europa und insbesondere Deutschland nicht langsam einmal aus dem Vasallentum befreien? Selbst wenn Russland in Sachen Aufrüstung nachlegen sollte, wäre es frühestens dann eine Überlegung wert, eventuell – moderat – die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Aber warum sollte Russland das machen beziehungsweise wollen?

Russland hat im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Tote zu beklagen gehabt. Nicht Russland ist nach Deutschland marschiert, sondern umgekehrt, Deutschland nach Russland. Russland ist als Reaktion auf diesen deutschen Angriffskrieg mit den Alliierten zusammen nach Deutschland vorgerückt.

Und diese ruchlosen Kriegstreiber wollen uns einreden, Russland könnte gen westliche Nationen marschieren? Russland hat circa 60'000 Kilometer Grenze zu verteidigen, und ist wirtschaftlich schwächer auf der Brust als Deutschland bzw. Europa. Wie wollte Russland denn einen Angriffskrieg gegen den Westen finanzieren?

Die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung von Politikern und ihren Propagandaorganen, Russland würde Europa bedrohen und in circa fünf Jahren auch NATO-Gebiet angreifen, konnte bisher kein Politiker belegen. Bei konkreten Nachfragen bleiben Münder wie zum Beispiel der von Boris Pistorius geschlossen, und warum? Weil es ausgemachter Blödsinn ohne jede Logik ist. Jeder, der bis drei zählen kann – das kann aber offensichtlich nicht jeder Politiker – kann sich an fünf Fingern abzählen – okay, das sind schon fünf und erfordert mehr mentale Fähigkeiten –, dass ein Angriff Russlands auf ein NATO-Land einen grossen Krieg auslösen würde, der für Russland und Europa das sichere Aus bedeuten würde. Warum also, sollte Russland das tun?

Was für ein hirnverbrannter Schwachsinn dieses Narrativ dieser elenden Kriegstreiber! Ich hoffe, dass auch die deutschen Bürger langsam anfangen, klar zu denken.

Quelle: <https://wassersaege.com/blogbeitraege/700-milliarden-eu-ausgaben-fuer-kiew-und-verteidigung-eine-verhoehnung-der-waehler/>



Nachrichtensender der «Welt» Anfang 2024: «Ukraine erwartet strategische Niederlage Russlands.»
© Welt

Der Ukraine-Krieg oder die historische Niederlage des Westens

Die Ukraine wurde zur Schlachtkbank geführt. Deutschland ist der grösste ökonomische Verlierer. Wir alle werden die Zeche zahlen.

Patrik Baab

Sich über eine andere Sicht informieren

upg. Laut US-Präsident Donald Trump hat Präsident Putin die Ukraine in erster Linie deshalb angegriffen, weil Russland an seinen Grenzen weder die Nato noch US-Raketen haben will. Putins Ziel sei es nicht, die ganze Ukraine zu kontrollieren, geschweige denn den baltischen Staaten und Polen Land wegzunehmen. Diese Ansicht teilt der langjährige ARD-Journalist Patrik Baab. Er hatte im Donbas von beiden Seiten der Front berichtet und befasst sich weiter intensiv mit dem Krieg. Es komme Europa teuer zu stehen, dass der Westen keine Rücksicht genommen habe auf die Sicherheitsbedürfnisse Russlands.

Gehen wir einmal davon aus, dass es Putin tatsächlich darum geht, die Nato und US-Raketen nicht an Russlands Grenzen heranzulassen – so wie die USA keine russischen oder chinesischen Militär-stützpunkte in Lateinamerika wollen oder nicht einmal chinesische Firmen am Panamakanal akzeptieren.

Wenn das der Fall ist, braucht eine militärisch neutrale Ukraine keine weiteren Sicherheitsgarantien. Und das Aufrüsten in Westeuropa ist hinausgeworfenes Geld.

Die Nato und der militärisch-industrielle Komplex, der an Waffenverkäufen interessiert ist, sowie die von ihm finanzierten Think-Tanks sehen es anders und lobbyieren für eine massive Aufrüstung.

Um zu überzeugen, stellen sie die Vorgeschichte des Krieges einseitig dar. Und sie verbreiten in fast allen Medien, dass Russland ein imperialistisches Land sei, dass Putin die alte Sowjetunion wieder herstellen wolle und den Westen mit einem einseitigen Cyber- und Destabilisierungskrieg bedrohe. Russland ergreife jede nächste Gelegenheit, um nicht nur die ganze Ukraine unter seine Kontrolle zu bringen, sondern auch um Polen und die baltischen Staaten anzugreifen. Gegen diese Gefahr müssten die Regierungen Europas aufrüsten.

Über diese Sichtweise informieren grosse Medien regelmässig. Gegenargumente werden vorschnell weggewischt, weil sie von Putin stammen würden.

Als ARD-Reporter hatte Patrik Baab Zustände in Russland immer wieder kritisiert. Doch die westliche Darstellung zur Ukraine hält er in seinem Buch *Auf beiden Seiten der Front* für verzerrt und teilweise tatsachenwidrig. Dafür wurde er kritisiert und von Medien gemieden. Doch auch seine Sicht gehört – als Ergänzung zu dem, was wir aus grossen Medien erfahren – in die öffentliche Diskussion. Deshalb dokumentieren wir im Folgenden längere Auszüge aus seinem Vortrag vom 15. Februar.

Der Westen hat den Krieg in der Ukraine verloren



Patrik Baab © zvg

Das Telefonat von US-Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 12. Februar 2025 war ein Paukenschlag. Man redet wieder miteinander auf Augenhöhe. Ein Treffen in Saudi-Arabien ist geplant. Der US-Präsident erklärte, er könne sich bald mit Putin treffen.¹ Am 18. Februar sagte er auf «CNN», dass er die Europäer nicht am Verhandlungstisch haben will. Trump wörtlich:

«Ich werde mit niemandem verhandeln, der den Konflikt verlängern will. Ich werde mit niemandem verhandeln, der weitere Waffen schickt. Ich werde mit niemandem verhandeln, der versucht, weitere Munitionsinitiativen durchzusetzen. Ich werde mit niemandem verhandeln, der versucht, den Konflikt zu verlängern. Ich werde über den Frieden verhandeln, obwohl dieses Wort in der EU offensichtlich stark zensiert wird.»² [Red. Im Sender «CNN» erklärte Präsident Trump am 26. Februar 2025: «Die Nato ist wahrscheinlich der Hauptgrund, weshalb das Ganze anfing.»]

US-Aussenminister Marco Rubio traf seinen russischen Amtskollegen Lawrow in Riad. Die wichtigsten anvisierten Punkte:

1. Feuerpause
2. Neuwahlen in der Ukraine
3. Friedensabkommen

Die Sanktionen können mit dem Friedensschluss aufgehoben werden. Die diplomatischen Beziehungen werden normalisiert.³ Beide Seiten versuchen, eine direkte Konfrontation zu vermeiden. Rubio erklärte, dass die Europäer schon irgendwann eingebunden würden, sie hätten ja schliesslich Sanktionen verhängt.⁴ Zur deren Aufhebung ist Druck aus Washington erforderlich, da in Brüssel ein einstimmiger Beschluss herbeigeführt werden muss.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz Mitte Februar wurden, wie mir ein Teilnehmer süffisant berichtete, über Nacht die Reden umgeschrieben. Der «Tages-Anzeiger» spricht von einem «radikalen Kurswechsel».⁵ Medien und deutsche Politiker sprechen von «Verrat».⁶

Vieles bleibt derzeit noch vage. Doch eines ist klar: Der Westen hat den Krieg in der Ukraine verloren. Die Kriegstreiber in der Politik prallen auf den harten Boden der Tatsachen. Große Medien werden aus ihrer Kriegshysterie herausgerissen wie ein schlafender Betrunkener, der mit einem Eimer kalten Wassers zur Ernüchterung gebracht wird.

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth will den Wahn beenden, der den Krieg am Laufen gehalten hat. Die wesentlichen Eckpunkte:

1. Die Ukraine wird die verlorenen Gebiete nicht zurückbekommen. Dies sei ein «unrealistisches Ziel».⁷
2. Die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine ist vom Tisch.⁸ Auch dies sei «ein realistisches Verhandlungsergebnis». Damit ist klar: Die Ukraine bleibt neutral.
3. Die USA gewähren Kiew keine Sicherheitsgarantien. Es wird keine US-Truppen in der Ukraine geben. Sie sehen die Europäer in der Pflicht, nicht die Nato nach Art. 5 des Nato-Vertrages.⁹ Washington will den Krieg und seine Folgekosten europäisieren.

Weit über 100'000 Tote und noch viel mehr Schwerverletzte

Im grössten und blutigsten militärischen Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es Hoffnung auf Frieden. Noch wird an einer Frontlinie von mehr als 1300 Kilometern überall heftig gekämpft. Allein auf ukrainischer Seite dürften inzwischen 600'000 Soldaten gefallen sein, auf russischer Seite mehr als 100'000.

Mindestens so viele Menschen wurden schwer verletzt, haben Arme oder Beine verloren, wurden geblendet und verstümmelt, der Kiefer wurde ihnen weggeschossen. Sie bleiben zurück als Krüppel, schwer gezeichnet für den Lebens kläglichen Rest. Diese Schwerverletzten werden auch in der Berliner Charité behandelt.¹⁰ Haben Sie da in den Medien jemals ein Bild gesehen?

Auch dies ist kognitive Kriegsführung: Der Öffentlichkeit das wahre Gesicht des Krieges vorzuenthalten. Propaganda und Zensur sind zwei Seiten derselben Medaille.¹¹

[Red. Laut «New York Times» vom 3. März hat der Ukraine-Krieg bisher über eine Million Tote und Schwerverletzte gefordert. Der gegenwärtige Drohnen-Krieg führt zu noch mehr Opfern als der anfängliche Artilleriekrieg.]

Ich werde versuchen, die geopolitische Lage einzuschätzen. Dabei werfe ich auch einen Blick zurück. Denn wer die Vergangenheit nicht kennt, kann ihre Folgen für die Zukunft nicht ermessen. Dies ist ein Kernproblem der aktuellen europäischen Politik.

Ich will nicht verschweigen, dass ich dabei in der Politischen Wissenschaft zumindest im deutschsprachigen Raum eine Minderheiten-Position vertrete. Im weltweiten Massstab sieht es allerdings etwas anders aus.¹² Denn die Perspektive, welche grosse Medien verbreiten, ist in weiten Teilen der Nato-Propaganda geschuldet und auf die Nato-Länder unter Führung der USA, auf die EU, Japan, Australien und Neuseeland beschränkt. Diese Länder repräsentieren heute weniger als 20 Prozent der Weltbevölkerung.

Ich folge in meinen Überlegungen allerdings namhaften und international anerkannten Wissenschaftlern wie dem Geopolitik-Experten Glenn Diesen aus Oslo¹³, dem Aussenpolitik-Fachmann der Universität Chicago, Professor John J. Mearsheimer¹⁴, und dem US-Ökonomen Professor Jeffrey Sachs¹⁵ von der Columbia-Universität in New York. Weiter stütze ich mich auf den britischen Historiker Richard Sakwa¹⁶ und den Schweizer Militäranalysten Jacques Baud¹⁷ sowie den französischen Historiker Emmanuel Todd¹⁸.

Ich beginne mit einer Betrachtung der aktuellen Lage im Krieg in der Ukraine und versuche dann, den Hintergrund und die Auswirkungen des Geschehens zu erläutern.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt Folgen für die Zukunft auf

In diesem grössten europäischen Krieg seit Ende des Zweiten Weltkriegs wird die Ukraine derzeit zerstört. Das Land hat etwa 20 Prozent seines Territoriums verloren, seine Wirtschaft liegt in Trümmern, Millionen Menschen haben das Land verlassen: Betrug die Zahl der Einwohner 1991 noch 52 Millionen, so ist die Ukraine inzwischen bei 28 Millionen Einwohnern angekommen. Das Land hat Hunderttausende Tote und Schwerverletzte zu beklagen, und natürlich gibt es Millionen Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge.¹⁹

Die territorialen Verluste sind schmerhaft und machen einen Wiederaufbau schwierig, weil die Ressourcen aus dem Donbas fehlen werden. Aber die Alternative ist nicht, die in die Russische Föderation aufgenommenen Gebiete zu verlieren oder sie zurückzuerobern. Die Alternative besteht nur noch darin, diese Territorien verloren zu geben oder noch mehr zu verlieren.

Die amerikanischen und europäischen Vorstellungen, Russland durch den Stellvertreterkrieg in der Ukraine eine strategische Niederlage beizubringen, wirken nun wie Asche im Munde westlicher Politiker. Dieser Stellvertreterkrieg des Nato-Westens gegen Russland auf dem Boden der Ukraine, von dem der frühere britische Premier Boris Johnson gesprochen hat, endet in einem Desaster.

Der Kreml betrachtet eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine als existentielle Bedrohung, genauso wie die USA auch russische Militärbasen oder Raketen in Mexiko nicht akzeptieren würden. Die Ukraine wird neutral bleiben. Damit hat sich Moskau durchgesetzt.

Der Versuch, die grösste Atommacht herauszufordern, offenbart den Größenwahn des Westens, die Unfähigkeit, die Kräfteverhältnisse realistisch einzuschätzen. Wir können nun weiterträumen und die normative Kraft des Faktischen als russische Propaganda abtun, aber dies wird nur zu noch mehr Zerstörung führen. Der Realitätsverlust russophober Fanatiker in der politischen und medialen Elite des Westens ist der Hauptgrund für den hohen Blutzoll.

Die Zahl der Gefallenen und Schwerverletzten, also das, was Briten und Amerikaner «casualties» nennen, hat mit dem 1. September 2024 auf ukrainischer Seite wahrscheinlich die Millionengrenze überschritten. Die tatsächlichen Zahlen sind auf beiden Seiten streng geheim. Aber man kann aus der Auswertung der Todesanzeigen und Nachrufe entsprechende Rückschlüsse ziehen. Danach waren seit 2014 bis Anfang September 2024 mehr als 500'000 ukrainische Soldaten gefallen.²¹ Andere Schätzungen gingen bereits Mitte 2024 von 650'000 Gefallenen aus.²² Der ehemalige CIA-Analyst Larry Johnson beziffert die Gefallenen auf insgesamt 1,2 Millionen, zählt man die Schwerverletzten dazu, kommt er auf drei Millionen, eine ganze Generation junger Ukrainer.^{22a}

Nicht ganz so hoch wären dann die Zahlen auf russischer Seite. Das regierungskritische, von dem Oligarchen Chodorkowski finanzierte Portal «Mediazona» hat ebenfalls Nachrufe und Todesanzeigen ausgewertet. Seine Analysten kamen am 13. September 2024 auf 69'059 Gefallene, wobei noch 19'547 Söldner der privaten Militär-Firma Wagner dazukommen, die allein im Fleischwolf von Bachmut getötet wurden – wie man aus der Statistik der Hinterbliebenenzahlungen weiss.²³ Dies ergibt eine Todeszahl von etwa 90'000, rechnet man die Gefallenen der Milizen von DNR und LNR dazu, ergibt sich eine Zahl von etwa 120'000.²⁴ Das starke Gefälle zu Lasten der Ukraine ist begründet in der – je nach Frontabschnitt – fünf- bis zehnfachen Überlegenheit der Russen an Artillerie, Raketen und Drohnen. Unter der ukrainischen Zivilbevölkerung hat das UN-Hochkommissariat bis Ende Dezember 2024 mindestens 12'456 Todesopfer erfasst, darunter mindestens 669 Kinder.²⁶

Die Kursk-Offensive, die mit einer Planung der Nato begann, entpuppt sich als Sackgasse für die USA und ihre Nato-Satrapen. Was noch vor wenigen Jahren für mich unvorstellbar war: Wieder stehen deutsche Panzer an den Stätten des früheren deutschen Vernichtungskrieges, der mehr als 27 Millionen tote Sowjetbürger gefordert hatte.

Die Ukraine hat mit dem Vorstoß bei Kursk erstens versucht, eine neue Front zu eröffnen, um die Russen zu zwingen, Truppen vor Donezk abzuziehen und damit den russischen Vormarsch zu verlangsamen. Zweitens ging es um ein Faustpfand für mögliche Verhandlungen. Drittens wollte sie einen PR-Erfolg erzielen, dem Westen zeigen, dass die Initiative nicht verloren gegangen ist, um neue Unterstützung zu mobilisieren. Viertens ging es um den Versuch, mit einem Vabanque-Spiel den Westen zu einer direkten Beteiligung zu zwingen, damit die Front im Donbas nicht zusammenbricht und für die Russen der Weg nach Dnipro offen wird.²⁷ Fünftens, so schätzt es der früher höchste deutsche Offizier bei der Nato, General a.D. Harald Kujat, ein, zielt die ukrainische Offensive darauf ab, das Kernkraftwerk Kursk einzunehmen und damit ein nukleares Erpressungspotential zu gewinnen.

Dieser Versuch ist gescheitert.²⁸ Zurück bleiben allein auf ukrainischer Seite – je nach Schätzung – zwischen 35'000 und 55'000 Gefallene.²⁹

Die Kampfmoral der ukrainischen Truppen ist am Boden. Allein in den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres wurden 19'000 Verfahren wegen Fahnenflucht eingeleitet.³⁰ Die Annäherung zwischen Trump und Putin haben Frust und Resignation in den Eliten verstärkt, da Kiew bei Friedensgesprächen genauso wie die Europäer bestenfalls am Katzentisch sitzen wird. Andererseits richtet sich die Hoffnung der Bevölkerung auf ein Ende des Sterbens.³¹

Wenn die russische Armee den Eisenbahnknotenpunkt Pokrowsk westlich Donezk vollständig einnimmt, steht die überdehnte ukrainische Front vor dem Zusammenbruch. Denn dahinter ist Steppe – und damit nichts mehr, was die Infanteristen vor den beständigen Drohnenangriffen schützen könnte.

Man kann die Lagebeurteilung so zusammenfassen: Die Ukraine wurde zur Schlachtkbank geführt. Deutschland ist der grösste ökonomische Verlierer. Wir alle werden die Zache zahlen.

«Ein Sieg in der Ukraine wird Putins Ehrgeiz anheizen»

upg. Nach Ansicht des konservativen «New York Times»-Kolumnisten Bret Stephens begeht Präsident Trump «Verrat an der Ukraine». Ein Auszug aus seinem Kommentar vom 4. März:

«Putins Klagelied über den Westen begann nicht erst mit der westlichen Unterstützung der Ukraine am Vorabend der Invasion 2022 oder mit der Unterstützung der Obama-Regierung für die Maidan-Revolution im Jahr 2014. Das Klagelied begann bereits 1989, als Putin als KGB-Offizier in Ostdeutschland Zeuge des Zusammenbruchs der Sowjetmacht – seiner Macht – durch die Macht des Volkes wurde.

Das Ziel von Putins 25-jähriger Herrschaft war die Wiederherstellung der Sowjetmacht auf Kosten des Volkes. Er hat dies durch die Beseitigung der Demokratie, die Ermordung von Gegnern, Cyberangriffe auf Nachbarländer, militärische Invasionen, wiederholte Verstösse gegen langjährige internationale Abkommen und illegale Einmischung in die Politik westlicher Länder erreicht.

Putin ist nicht der gekränkte Verteidiger historischer russischer Interessen. Er ist ein bösartiger Aggressor, der einen zutiefst persönlichen Ehrgeiz verfolgt. Ein Sieg in der Ukraine wird diesen Ehrgeiz nicht befriedigen, sondern ihn nur anheizen. [...]

Unsere Soldaten hatten die Strände der Normandie nicht gestürmt, um von den französischen Weinbergen oder der deutschen Kohle zu profitieren. Sie taten dies, um eine freiere Welt zu schaffen, in der Amerika auf ehrliche Weise und auf Kosten von niemandem gedeihen kann.»

Maidan, Bürgerkrieg im Donbas: Medien verbreiten Propaganda der Nato

Wer nichts weiß, muss viel glauben. Von der Ukraine wissen die Menschen in Deutschland meist wenig. Genau hier setzt die Propaganda an. Lassen Sie dabei zunächst einmal das hinter sich, was Ihnen die grossen Medien täglich vorsetzen. Folgen Sie mir einen Augenblick im Versuch, die Propaganda der Medien von den Tatsachen zu trennen. Denn es gibt, wie sich Franz Josef Strauss einmal ausgedrückt hat, «eine normative Kraft des Faktischen, aber keine faktenersetzende Kraft des Phraseologischen».

Der ukrainische Bürgerkrieg nach dem Staatsstreich auf dem Maidan

Westliche Beobachter sehen die Ereignisse auf dem Maidan in Kiew im Winter 2013/2014 als einen Scheideweg zwischen einer Diktatur nach dem Vorbild von Belarus oder dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch. Sie betrachten den Maidan als Revolution, als Transformation von unten, die zu einer Demokratie mit mancherlei Mängeln geführt habe, in der aber «volle Meinungsfreiheit herrscht».

Wenn die Augenzeugen vom Maidan, mit denen ich gesprochen habe, dies hören, können sie nur sarkastisch lachen. Denn die Wahrheit klingt ganz anders. Wer aber die Wahrheit über den Maidan in Deutschland berichtet, wird censiert, mit Berufsverbot belegt und – mit Duldung deutscher Behörden und der deutschen Justiz – vom ukrainischen Geheimdienst bedroht. Mit allen drei Massnahmen wurde und werde auch ich überzogen.

Über die tatsächlichen Ereignisse schreibe ich in meinem Buch «Auf beiden Seiten der Front». Zusammen mit Régis Le Sommier³³ gehöre ich zu den wenigen, die auf beiden Seiten dieses Krieges recherchiert haben.³⁴ In der Folge wurde ich von «T-Online» und von meinem eigenen Sender, dem «NDR», bei den Referenden im Donbas im September 2022 als Wahlbeobachter Putins hingestellt. Der «NDR» wollte arbeitsrecht-

liche Schritte einleiten. Der ukrainische Geheimdienst setzte mich auf die Todesliste «Mirotworez». In Deutschland steht heute die Wahrheit unter Strafe, die Medien sind zur Propaganda-Kompanie der Nato verkommen.

Wer es vorzieht, eine wissenschaftliche Studie zu Rate zu ziehen, dem empfehle ich die Studie von Ivan Katchanovski von der Universität Ottawa. Auf Grund gründlicher Auswertung der Obduktionsberichte, der Gerichtsprotokolle, der Augenzeugenberichte und der ballistischen Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, dass die Morde auf dem Maidan eine Inszenierung ukrainischer Faschisten und westlicher Regierungen waren, um eine demokratisch gewählte Regierung zu stürzen und einen prowestlichen Regimewechsel herbeizuführen.³⁵

Das Unheil begann auf dem Maidan

Er sieht im Geschehen auf dem Maidan 2014 die Ursache für den Beginn des Bürgerkriegs im Donbas, für die russischen Interventionen auf der Krim und im Donbas, für den Anschluss der Krim an Russland und die Eskalation des Konflikts zwischen Russland und dem Westen mitsamt dem Einmarsch und dem Krieg mit der Ukraine seit 2022.

Demonstranten wurden in sogenannten Tech Camps von US-Nichtregierungsorganisationen und der US-Botschaft vorbereitet, um über Social Media Massenproteste zu organisieren. Nichtregierungsorganisationen wurden von USAID, US-Stiftungen sowie polnischen und litauischen Diplomaten bezahlt. Die Demonstranten erhielten Thermo-Unterwäsche, Essen, Zelte, Heizkörper, Tischtennisplatten. Sie wurden im 14-tägigen Wechsel auf den Maidan gebracht und wieder abgelöst. Für ihre Anwesenheit erhielten sie Geld in Höhe des doppelten Durchschnittslohns.

Die Waffen auf dem Maidan stammten aus der Plünderung polizeilicher Waffenlager in der West-Ukraine, namentlich Lwow und Iwano-Frankiwsk, wo die rechtsextreme Swoboda-Partei besonders stark war. Der US-Historiker Nikolai N. Petro hat dargelegt, dass Rechtsextremisten und Faschisten in der Westukraine die Entfesselung eines Bürgerkriegs planten, falls der Putsch auf dem Maidan nicht zum gewünschten Ziel, dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch und seiner Regierung, führen sollte.

«Während des Maidan», so Nicolai Petro, «häufte der Rechte Sektor ein grosses Arsenal an Waffen an und versammelte ungefähr 10'000 Kämpfer.» Die Aufstellung von Freiwilligenbataillonen war keine Antwort auf einen russischen Einmarsch, sondern spiegelte die vorangegangene Überlegung wider, dass Gewalt nötig sein würde, den Umsturz zu konsolidieren und zu verteidigen. Wie es der Sprecher des Rechten Sektors unmittelbar vor Janukowitschs Amtsenthebung ausdrückte: «Unsere Gruppe ist vollständig dazu in der Lage, einen Bürgerkrieg durchzukämpfen.»³⁶ Das bedeutet: Auch im Falle eines Scheiterns auf dem Maidan waren galizische Ultranationalisten bereit, mit Waffengewalt einen Umsturz zu erzwingen.

Wie stark die Unterstützung des Westens für die Putschisten auf dem Maidan war, belegt nicht nur das abgehörte und am 4. Februar 2014 veröffentlichte Telefonat zwischen Victoria J. Nuland, Staatssekretärin für Europa und Eurasien im US-Aussenministerium, und dem Botschafter der USA in der Ukraine, Geoffrey R. Pyatt. Abgesehen von der Abwertung der Europäer – «Fuck the EU» – machte das Gespräch deutlich, dass Washington auf einen Umsturz hinarbeitete und den Oppositionsführer Jazenjuk an die Macht bringen wollte.

Bereits am 13. Dezember 2013 hatte Nuland vor der US-Ukraine-Stiftung erklärt, die USA hätten mehr als fünf Milliarden Dollar in die Kräfte des Umsturzes investiert. Nähere Informationen gab Nuland bei einer Befragung im US-Kongress am 9. Mai 2014, bei der auch das Auftreten von Faschisten auf dem Maidan zur Sprache kam.³⁷

Nach russischen Angaben flossen dem Maidan wöchentlich allein an direkten Geldmitteln 20 Millionen Dollar zu. Dabei waren die USA und die EU kontinuierlich in Kontakt mit Rechtsextremisten und Faschisten. Ivan Katchanovski berichtet, dass wie auf einem Basar die Zahl der Morde verhandelt worden sei, die man für erforderlich hielt, damit die westlichen Regierungen den gewählten Präsidenten Janukowitsch zwingen, sein Amt aufzugeben. Man einigte sich auf etwa 100. Und so kam es auch.³⁸ Eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates verletzt das Interventionsverbot und ist damit völkerrechtswidrig.

Es folgte die Phase des Bürgerkriegs

Damit begann die erste Phase des Ukraine-Krieges – die Bürgerkriegs-Phase. Bereits Mitte März 2014 waren auf ukrainischer Seite US-Söldner der Sicherheitsfirma Academi, vormals Blackwater, im Donbas aktiv. Damit waren die USA vom ersten Augenblick an beim Konflikt im Donbas dabei. Die Entsendung von Söldnern verletzt das Gewaltverbot nach Art. 2 Nr. 4 der UN-Charta und ist damit völkerrechtswidrig.

Die Welle der Gewalt auf dem Maidan, der gewaltsame Umsturz und marodierende ultranationalistische und rechtsextremistische Gruppen in der gesamten Ukraine führten dazu, dass die russischstämmige Bevölkerung in der Ostukraine zusammen mit der örtlichen Polizei und mit übergelaufenen ukrainischen Soldaten Selbstverteidigungs-Milizen aufbaute und eigene staatliche Strukturen schuf. Ab Mitte April 2014 wurden sie unterstützt von Freiwilligen um den ehemaligen FSB-Offizier Igor Girkin, genannt «Strelkow» –

insgesamt 52 Mann. Als Reaktion auf die Beteiligung von US-Söldnern schickte der russische Generalstab Söldner des «Slavianski Korps», das den Aufständischen beispringen sollte. Die Wagner-Truppe wurde nach Angaben des US-Militäranalysten Scott Ritter am 1. Mai 2014 in Donezk gegründet.³⁹

Bereits im April 2014 startete die Zentralregierung in Kiew die sogenannte Antiterror-Operation gegen die Aufständischen im Donbas. Am 6. April 2014 ordnete der ukrainische Übergangspräsident Aleksandr W. Turtchinow die Einrichtung eines «Antikrisenstabes» an, um «mit antiterroristischen Massnahmen gegen alle vorzugehen, die eine Waffe in die Hand nehmen [...]»⁴⁰ Dies stand in Zusammenhang mit der Besetzung von Verwaltungsgebäuden in Charkow, Donezk und Lugansk durch prorussische Aktivisten.

Der 6. April 2014 markiert also den Beginn des Krieges im Donbas durch die Putschregierung in Kiew. Am 2. Mai und am 8. Mai 2014 kam es in Odessa und Mariupol zu Massakern durch rechtsextremistische Paramilitärs.

Selbständige Volksrepubliken ausgerufen

Am 7. und am 27. April 2014 riefen die Separatisten in Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) eigene Volksrepubliken aus. Im Mai 2014 führten die Aufständischen in den von ihnen beherrschten Gebieten Referenden über eine weitgehende Unabhängigkeit bzw. die Selbständigkeit durch. Putin hatte davon abgeraten.

Solche Sezessionen sind völkerrechtlich umstritten, aber durch die Charta der Vereinten Nationen und durch das Völkerrecht grundsätzlich auch gegen den Willen des Mutterlandes rechtlich möglich. So nahm der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 22. Juli 2010 zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo Stellung: Der Präsident erklärte: «Das internationale Recht kennt kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen.»⁴¹

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg wurde nicht ausgelöst durch die Russische Föderation im Februar 2022, sondern durch die Ukraine im April 2014. Bis Ende 2021 waren nach Angaben internationaler Organisationen dabei mehr als 14'000 Menschen getötet worden, darunter 3400 Zivilisten.⁴² Die OSZE gelangte zu dem Urteil, dass 75 Prozent der zivilen Opfer auf das Konto der ukrainischen Armee gingen.⁴³

Keine russische Anerkennung, aber Logistik und Waffen

Nach dem Ausrufen der Volksrepubliken im April 2014 erkannte Putin diese Republiken Donezk und Lugansk nicht an – bis zum Februar 2022. Offensichtlich wollte er sich nicht tiefer in den Konflikt hineinziehen lassen. Allerdings unterstützte Russland die Separatisten logistisch, wirtschaftlich und mit Waffenlieferungen. Das Ausmass direkter militärischer Beteiligung ist nicht geklärt. Der Militäranalyst Jacques Baud geht davon aus, dass es kein Eingreifen regulärer russischer Verbände gegeben habe.⁴⁵

Umgekehrt rüstete die Nato die Ukraine seit dem Putsch auf dem Maidan massiv auf. Durch gemeinsame Militärmanöver und US-Ausbilder sollte möglichst schnell «Inter-Operabilität» erreicht werden. Zum Sinn dieser Massnahmen hier ein paar Stimmen:

- Pierre de Gaulle, Enkel des französischen Präsidenten General Charles de Gaulle: Der Krieg «wurde durch den Willen der Amerikaner und der Nato ausgelöst, und er wird von der Europäischen Kommission weitgehend aufrechterhalten».
- Alain Juillet, Chef des französischen Auslandsgeheimdienstes DGSE unter Präsident Jacques Chirac, sagt, die Amerikaner hätten den Krieg provoziert: «Ganz klar.» Seit 2014 hätten sie alles dafür getan, dass Russland in den Krieg schlittert. Die Nato habe sich mit der Ukraine zusammengetan, «um Krieg gegen Russland zu führen. Ohne die Nato wäre die Ukraine tot».
- Günter Verheugen, langjähriger EU-Kommissar und 2004–2010 Vizepräsident der Europäischen Kommission: Im Ukraine-Krieg «geht es nicht darum, was für die Ukraine das Beste ist. Es geht vielmehr um die strategische Schwächung Russlands».⁴⁶

Der ukrainisch-russische Bruderkrieg

Am 21. Februar 2022 anerkannte Russland die neu entstandenen Republiken DNR und LNR. Dabei sah sich Moskau im Einklang mit dem Völkerrecht. Mit anerkannten Staaten können völkerrechtlich verbindliche Verträge abgeschlossen werden, auch über gegenseitige Beistandsverpflichtungen. Damit gab auch Moskau die Abkommen Minsk I und Minsk II auf, die nach Darstellung der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel und des früheren französischen Präsidenten François Hollande lediglich dazu gedient hatten, der Ukraine Zeit zur Aufrüstung zu verschaffen.

Die beiden Abkommen waren durch UN-Beschluss völkerrechtlich verbindlich. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Harald Kujat, spricht deshalb von einem eindeutigen Bruch des Völkerrechts.⁴⁷

Der frühere US-Waffeninspektor Oberst a.D. Scott Ritter sagt: «[...] die Ukraine und ihre westlichen Partner kauften einfach Zeit, bis die Nato ein ukrainisches Militär aufbauen konnte, das den Donbas in seiner Gänze einnehmen und Russland von der Krim vertreiben konnte.»⁴⁸

Allerdings gibt es auch direkte Ursachen für den Beginn der zweiten Phase des Ukraine-Krieges am 24. Februar 2022. Die ukrainische Truppenstärke im Donbas betrug 2015 etwa 121'500 Mann. Bis Februar

2022 wuchs die Zahl der Soldaten auf 209'000 Mann. Mit den Reservisten hatte die Ukraine 1'198'600 Mann unter Waffen.⁴⁹ Der frühere US-Aussenminister Antony Blinken machte im Dezember 2024 in einem Interview mit dem *«New York Times Magazine»* deutlich, dass die USA mit einem Krieg gerechnet und deshalb die Ukraine im September und Dezember 2021 heimlich massiv aufgerüstet hatten.⁵⁰ Damit hat die Biden-Administration den Krieg bewusst in Kauf genommen, statt auf das Verhandlungsangebot des Kremls einzugehen. Ukrainische Militärs berichteten, dass die Ukraine einen Angriff auf den Donbas geplant hatte.⁵¹

Die Ukraine schreibt den Beitritt zur Nato in die Verfassung

Bereits am 20. September 2018 stimmte das ukrainische Parlament Verfassungsänderungen zu, die den Beitritt des Landes zu Nato und EU zum wichtigsten aussenpolitischen Ziel machen sollten. Am 7. Februar 2019 wurde der Nato-Beitritt in der Verfassung verankert – ein klarer Verstoss gegen die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine von 1992 und des Budapest Memorandums von 1994.^{51a}

Ab 2014 verabschiedete die Ukraine Sprachgesetze, die das Verbot russischer Filme und die Einfuhr russischer Schriften vorsahen, Sprachquoten für Sender einführten, die Verwendung des Russischen an Schulen schrittweise abschaffen und alle Bereiche des staatlichen und öffentlichen Lebens auf die ukrainische Sprache verpflichten sollten. Alle diese Massnahmen waren völkerrechtswidrig.⁵² Inzwischen sind Denkmäler und Strassennamen russischer Dichter und Denker durch die Namen von Faschisten wie Stepan Bandera ersetzt, Bücherverbrennungen finden statt.

Am 24. März 2021 unterschrieb Präsident Selensky eine neue Militärdoktrin, die Russland zum Hauptfeind erklärte und auf die Rückeroberung der Krim und des Donbas hinauslief. Daraufhin zog auch Russland Streitkräfte an den Grenzen zur Ukraine zusammen.

Am 31. August 2021 schlossen die USA und die Ukraine ein Strategisches Verteidigungsabkommen ab. Es folgte am 10. November 2021 ein bilaterales Abkommen über strategische Partnerschaft mit einer scharfen antirussischen Stossrichtung.

Ein letzter Versuch, sich die Nato friedlich von der Grenze weg zu halten

Am 15. Dezember 2021 startete Moskau einen letzten Versuch zur Verhinderung der Eskalation. Konkret schlug Russland ein Abkommen in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag vor, das vom Prinzip der unteilbaren Sicherheit ausgeht, mit Verzicht auf die Nutzung fremder Territorien, um einen Überfall auf die USA oder Russland zu beginnen; Verzicht auf die Durchführung militärischer Handlungen der Nato in der Ukraine, Verzicht auf eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten und Verzicht der Nato auf die Stationierung von Waffen und Militär in jenen Ländern, die das Bündnis nach 1997 aufgenommen hat.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am 7. September 2023 vor dem Europäischen Parlament, Putin habe im Herbst 2021 einen Vertragsentwurf geschickt, «den sie von der Nato unterzeichnen lassen wollten, den Verzicht auf weitere Nato-Erweiterungen zu versprechen [...]. Und das war eine Voraussetzung dafür, nicht in die Ukraine einzumarschieren. Das haben wir natürlich nicht unterschrieben [...]. Also zog er in den Krieg, um die Nato, noch mehr Nato, in der Nähe seiner Grenzen zu verhindern.»⁵³

Stoltenberg benennt hier den wahren Kriegsgrund: Die Ost-Erweiterung der Nato.

Entscheidend für den russischen Einmarsch im Februar 2022, so der Politologe John J. Mearsheimer von der Universität Chicago, sind die USA und die Nato. Er schreibt, «dass die USA und ihre Verbündeten den Krieg provoziert haben. Damit soll natürlich nicht gelegnet werden, dass Russland in die Ukraine einmarschiert ist und den Krieg begonnen hat. Die Hauptursache des Konflikts ist jedoch die Entscheidung der Nato, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen, was praktisch von allen russischen politischen Führern als existentielle Bedrohung angesehen wird, die beseitigt werden muss. Die Nato-Erweiterung ist jedoch Teil einer umfassenderen Strategie, die darauf abzielte, die Ukraine zu einem westlichen Bollwerk an der Grenze zu Russland zu machen. Kiew in die Europäische Union (EU) zu bringen und eine Farbrevolution in der Ukraine zu fördern – sie also in eine prowestliche liberale Demokratie zu verwandeln – sind die beiden anderen Säulen dieser Politik. Die russische Führung fürchtet alle drei Säulen, aber sie fürchtet die Nato-Erweiterung am meisten. Um dieser Bedrohung zu begegnen, hat Russland am 24. Februar 2022 einen Präventivkrieg begonnen.»⁵⁴

Dafür nennt Mearsheimer sieben Gründe:

1. Es gibt keine Beweise aus der Zeit vor dem 24. Februar 2022, dass Putin die Ukraine erobern wollte;
2. Es gibt keine Beweise, dass er eine Marionettenregierung in Kiew einsetzen wollte;
3. Er hatte nicht annähernd genug Truppen – lediglich 190'000 Mann –, um die Ukraine zu erobern;
4. Putin versuchte in den Monaten vor Kriegsbeginn, eine diplomatische Lösung für die Krise zu finden, was Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bestätigt hat;
5. Unmittelbar nach Kriegsbeginn wandte sich Moskau an Kiew, um Verhandlungen zur Beendigung des Krieges aufzunehmen, die dann in Belarus und Istanbul tatsächlich stattgefunden haben, aber vom Westen gestoppt wurden;
6. Abgesehen von der Ukraine, gibt es nicht den geringsten Beweis, dass Putin weitere osteuropäische Länder angreifen wollte;

7. Vor Kriegsbeginn im Jahr 2022 hatte kaum jemand im Westen behauptet, Putin habe seit seinem Machtantritt imperiale Ambitionen gehabt.

Noch einmal der französische Historiker Emmanuel Todd: Die Ukraine «wurde aufgerüstet, um Russland anzugreifen. Putins Angriff war eine ‹defensive Invasion› [...]. Wenn die Nato darauf verzichtet hätte, die Ukraine zu einem Teil ihres militärischen Dispositivs zu machen, hätte es diesen Krieg nicht gegeben.»⁵⁵ Wir haben es demnach zu tun mit einem Stellvertreter-Krieg, der geostrategische und ökonomische Ursachen hat.

Das Ziel eines Regimewechsels in Moskau wurde verfehlt

Von Anfang an waren die USA, die Nato und die EU im Krieg in der Ukraine mit dabei. Das zeigt nicht nur die westliche Beteiligung am Maidan, sondern das hatte schon die sogenannte Orange Revolution 2004 gezeigt. Bereits in der Ära des Präsidenten Juschtschenko war die Kumpel des Westens mit ukrainischen Faschisten auffällig.⁵⁶ Es ging darum, die Ukraine mit allen Mitteln in den westlichen Orbit hineinzuziehen, Russland einzukreisen, einen Regimewechsel in Moskau zu bewirken sowie neue Absatzmärkte, verlängerte Werkbänke und Rohstofflager zu erschliessen.⁵⁷

Die USA haben jahrelang alles versucht, die Ukraine als Rammblock gegen Russland aufzubauen. Dazu gehört auch die Präsenz der CIA im Donbas mit mindestens zwölf geheimen Standorten.⁵⁸ Die Hochrüstung der Ukraine dauerte auch während der ersten Amtszeit von Donald Trump als Präsident von 2017 bis 2021 an. Damit ist dies auch Trumps Krieg.

Washington und London haben mit dem Putsch auf dem Maidan einen Bürgerkrieg bewusst in Kauf genommen, den Krieg gegen die separatistischen Republiken begleitet und orchestriert und nach dem russischen Einmarsch einen möglichen Frieden im Frühjahr 2022 verhindert.⁵⁹ Damit sind sie mitverantwortlich für Hunderttausende Tote. Unterm Strich ist die Strategie des Westens, die Ukraine für einen Regimewechsel in Moskau zu opfern, gescheitert.

Heute werden wir Zeugen einer tektonischen Verschiebung in der Geopolitik. Vor diesem Hintergrund wirkt die Strategie von Präsident Donald Trump paradoxerweise wie die Fortsetzung der US-Politik mit anderen Mitteln. Die Veränderungen in der Washingtoner Administration verschieben den Fokus imperialer Ausbeutungs- und Beherrschungsstrategien von den Konkurrenten zu den Satrapen:

- Die Ukraine soll gezwungen werden, Seltene Erden im Wert von 500 Milliarden Dollar abzugeben;
- die EU soll die Kriegsfolgekosten alleine bezahlen;
- Dänemark muss akzeptieren, dass Washington auf das rohstoffreiche und strategisch wichtige Grönland zugreift;
- Trump überlegt öffentlich, Panama wieder zu besetzen; die nationale Selbständigkeit Kanadas wird in Frage gestellt;
- ein Trump nahestehender Investor kündigt an, die Nordstream-Pipeline aus dem Insolvenzverfahren aufzukaufen, was den USA die Kontrolle der deutschen Energieversorgung ermöglichen würde. Washington festigt seinen Machtbereich, verzichtet auf den Rest der Welt und konzentriert sich auf den Hauptrivalen China.

Die eigentliche Kriegsursache sehen Historiker im Niedergang des Westens und vor allem der USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen sie noch für 45 Prozent der weltweiten Industrieproduktion, heute nur noch für maximal 27 Prozent. Im Jahr 2000 wurden noch 66 Prozent des Welthandels in Dollar abgewickelt, 2022 waren es nur noch 47 Prozent, im ersten Trimester 2023 waren es nur noch 40 Prozent. Gleichzeitig sanken die Devisenreserven in Dollar in 20 Jahren von 71 Prozent auf 60 Prozent. Im Jahr 2022 galten von 340 Millionen US-Amerikanern 140 Millionen als arm oder geringverdienend.

Ähnliches gilt für den gesamten Westen: Noch 1980 hatte der Westen einen Anteil an der Weltwirtschaft von 80 Prozent, und der Rest der Welt trug 20 Prozent bei. Heute haben die aufstrebenden Länder einen Anteil an der Weltwirtschaft von fast 70 Prozent, der Westen hat gerade mal noch gut 30 Prozent.⁶³

Bereits 2016, also lange vor dem Einmarsch der Russen und mitten im Krieg der Ukraine gegen die Separatisten-Republiken, hatte der britische Historiker Richard Sakwa in seinem Buch «Frontline Ukraine» davon gesprochen, der Krieg in der Ukraine sei der «Selbstmord Europas».⁶⁶ Die europäische Integration hat sich mittlerweile als Wunschtraum herausgestellt. Konfrontiert mit der Aufgabe, die Wunden des Kalten Krieges zu heilen und den Grundstock eines geeinten Kontinents zu errichten, ist die EU spektakulär gescheitert. Die Europäische Union degenerierte zur Geldbeschaffungsmaschine der Nato. Nun darf sie weitermachen als Bankrotteur.

Inzwischen wird in den USA schon offen darüber gesprochen, dass die Europäer für die Kriegsfolgen aufkommen müssen. Die Weltbank schätzt die Kosten des Wiederaufbaus auf 411 Milliarden Dollar.⁶⁷ Bloomberg spricht gar von einer Billion Dollar.⁶⁸ Dies würde die Budgets der EU mit einer dreistelligen Milliardensumme belasten.

Bereits jetzt hat Deutschland fast 150 Milliarden Euro für den Krieg in der Ukraine ausgegeben, Geld, das bei Bildung, Renten, Gesundheit, Infrastruktur, Wohnungsbau und im Sozialbereich fehlt.⁷⁰ Massive Einschnitte im sozialen Bereich werden die Folge sein. Die erforderlichen Milliarden zur Finanzierung von

Schulen und Universitäten werden fehlen. Die Qualifikationslücke insbesondere beim akademischen Nachwuchs wird zunehmen, wir bewegen uns hin in ein ‹Zeitalter der Idiotie›, wie mein Freund Ramon Schack ein Buch genannt hat. Die Infrastruktur wird schlechend zerfallen. Schon heute sind tausende Brücken in Deutschland marode, es fehlt an Investitionen in Straßen und Schienen. Dies erhöht die Logistikkosten der Unternehmen und erschwert die Suche nach gutem Nachwuchs.

Der Chef des US-Aussenministeriums Marco Rubio hat nun klar einen Kurswechsel Washingtons formuliert, in einem Interview, das sich auch auf der Seite des Foreign Office in voller Länge findet und dem deshalb programmatischer Charakter attestiert werden kann:

«Ich denke, das westfälische System souveräner Staaten ging am Ende des Kalten Krieges verloren, weil wir die einzige Macht in der Welt waren. Also übernahmen wir diese Verantwortung, in vielen Fällen so etwas wie die globale Regierung zu werden, indem wir versuchten, jedes Problem zu lösen. So ist es normal für die gesamte Welt, eine einzige unipolare Führungsmacht zu haben.

Aber das war eine Abnormalität. Es war ein Ergebnis des Kalten Krieges, aber möglicherweise werden wir zurückgehen zu einer multipolaren Welt, zu mehreren Grossmächten in verschiedenen Teilen der Welt. Das sehen wir heute bei China und zu einem gewissen Grad auch bei Russland [...]. Mehr denn je müssen wir heute daran denken, dass Aussenpolitik im nationalen Interesse der USA gemacht wird und wenn möglich Kriege vermeiden sollte.»

Damit gesteht Marco Rubio das Scheitern des Unilateralismus ein.

Sanktionen gegen Russland sind Teil eines globalen Wirtschaftskrieges

Vor allem Europa hat sich ins eigene Fleisch geschnitten. Es zahlt die Zeche. Und es leiden die Bürgerrechte und die Demokratie.

Die USA und ihre europäischen Satrapen glaubten, sie könnten Russland mit Wirtschaftssanktionen in die Knie zwingen. Ich erinnere mich noch an den Satz von Aussenministerin Annalena Baerbock: «Diese Sanktionen werden Russland ruinieren!» Der Westen hat Auslandsanlagen der Russischen Föderation im Wert von fast 300 Milliarden Euro eingefroren, grössere russische Banken wurden vom Zahlungssystem SWIFT ausgesperrt, russische Unternehmen können keine High-Tech- oder Dual-Use-Produkte im Westen kaufen, Energieunternehmen wie Shell, BP oder Logistikunternehmen wie Maersk haben Russland verlassen.

Diese umfassenden Sanktionen wurden nicht von der Uno beschlossen und sind damit allesamt völkerrechtswidrig.

Inzwischen sind diese Leute recht kleinlaut geworden, nachdem auch deutsche Forschungsinstitute feststellten, dass die Sanktionen zum Bumerang geworden sind.⁷³ Die Wirtschaftskampagne gegen Russland hat versagt. Sie führte zu steigenden Energie- und Rohstoff- sowie Nahrungsmittelpreisen im Westen. Die US-Unternehmen haben durch die Sanktionen mehr als 300 Milliarden Dollar verloren. – Für Trump ist das zu viel.⁷⁴

Mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipeline, die der Rechercher Seymour Hersh Washington zuordnet, ist für Deutschland die Energiefalle zugeschnappt. Die Wirtschaftskraft Russlands wurde straflich unterschätzt. Bei der Produktion von Stahl oder Aluminium – beides kriegswichtige Materialien – hat die Russische Föderation Deutschland überholt und ist mit den USA gleichgezogen.⁷⁵

Russlands Wirtschaft ist auf den neuen Märkten Eurasiens und des globalen Südens auf Wachstumskurs. Nur die USA, Kanada, die 27 Mitgliedsstaaten der EU, Japan, Australien, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz, die Ukraine, das Vereinigte Königreich, die Bahamas, Südkorea und Taiwan sanktionieren Russland, bei einzelnen Punkten auch die Türkei.⁷⁶ Das sind derzeit rund 40 Staaten. Der Uno gehören 193 Mitgliedsstaaten an. Die restlichen 153 treiben weiter Handel mit Russland.

Der amerikanische Historiker Nikolai Petro von der Long Island University wies darauf hin, dass die Sanktionen aus zwei Gründen ihre Wirkung verfehlten: Erstens hat Russland seit 2014 Erfahrung im Umgang mit Sanktionen und hat die binnengesellschaftliche Resilienz gestärkt. Zweitens bleiben 153 Länder Partnerstaaten Russlands. So gelingt es, die Sanktionen breit zu umgehen.⁷⁷ Viele Länder Afrikas sind auf russische Getreide-Importe angewiesen. Die Sanktionen des Westens gegen Russland haben die Getreidepreise um 30 Prozent verteuert und produzieren so einen Berg afrikanischer Leichen.

Ende 2022 war Russland zu Chinas zweitgrösstem Lieferanten von Rohöl geworden. Indien ist ebenfalls ein wichtiger Öl-Kunde. Das Land produziert lediglich 10 Prozent des heimischen Bedarfs. Aber 34 Prozent des verbleibenden Restes des indischen Ölverbrauchs kam 2023 aus Russland.

Die Folgen des Wirtschaftskrieges auf die USA und Europa wirken sich unterschiedlich aus. Die Ukraine ist der grösste Verlierer dieses Krieges, ein ganzes Land, Hunderttausende Menschen werden geopfert auf dem Altar geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Der zweite Verlierer ist Deutschland.

Die Eliten des Westens haben sich in eine Sackgasse manövriert. Statt sich zu besinnen, trieben sie die Bevölkerung immer tiefer in den Ukraine-Krieg hinein. Auch dies hat wirtschaftliche Gründe. Beim Besuch in Kiew hat US-Senator Lindsey Graham am 6. September 2024 deutlich gemacht: Die Ukraine sitze auf Rohstoffen im Wert von Billionen US-Dollar, die für die US-Wirtschaft gut seien, und dass die Ukraine kämpfe, damit die USA nicht kämpfen müssen.⁸⁸

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter: «Wenn Europa die Energiewende vollziehen will, braucht es eigene Lithium-Vorkommen. Die grössten Lithium-Vorkommen in Europa liegen im Donezk-Lugansk-Gebiet [...] Also haben wir hier auch ganz andere Ziele noch im Hintergrund.»⁸⁹

Aber es geht nicht nur um jene Ressourcen, die tendenziell sinkende Profitrate in den westlichen Industriekulturen aufhalten und die Strategie der Dekarbonisierung stützen können.⁹⁰ Es geht auch um den Fortbestand der Dollar-Wirtschaft. Der Dollar gilt als Weltreservewährung. Deshalb kann die US-Notenbank unbegrenzt Dollars emittieren. Denn jede Nation benötigt Dollar und muss Dollar-Reserven vorhalten, um zu handeln und vor allem Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas zu erwerben.

Deshalb können die USA ihre Inflation exportieren: Die gesamte Welt funktioniert wie ein Schwamm, der diese Inflation aufsaugt und der US-Regierung ermöglicht, riesige Defizite aufzubauen, einen astronomischen Militäretat zu finanzieren, und der einem winzigen Teil der Bevölkerung erlaubt, sich masslos zu bereichern.

Wer aus der Dollar-Wirtschaft ausscheren will, erleidet das Schicksal von Libyen, Irak, Iran oder Venezuela.

Ausblick: Waffenstillstand, aber kein Frieden

Jetzt lassen die USA die Ukraine fallen – der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Das Projekt Ukraine ist vorbei. Für die USA hat Europa keine Priorität mehr.⁹¹ Sie wenden sich nun mit aller Kraft dem Hauptrivalen China zu. Entwicklung und Märkte für Künstliche Intelligenz sollen entfesselt werden.⁹²

Russland wird jede Feuerpause ablehnen, die der Ukraine und dem Westen nach einer Atempause eine Neuaufnahme der Kämpfe ermöglicht. Es ist die Konsequenz eines verlorenen Krieges, dass der Sieger die Bedingungen diktiert. Wer am Verhandlungstisch erfolgreich sein will, muss vorher auf dem Schlachtfeld siegen. Was der Kreml erreichen will, ist eine gesamteuropäische Friedensordnung, die vom Prinzip unteilbarer Sicherheit ausgeht. Dies geht nicht in einer unipolaren Welt, in der die Führungsmacht die Bedingungen diktiert. Gegenseitige Sicherheit ist nur möglich in einer multipolaren Welt.

Die EU-Regierungen dürfen jetzt den Schlamassel selbst aufräumen, in den sie sich hineinmanövriert haben. Sie haben nach der Münchener Sicherheitskonferenz angekündigt, Friedenstruppen für die Ukraine stellen zu wollen. Dies dürfte Moskau kaum akzeptieren, da der Kreml Großbritannien und die EU de facto als Kriegspartei betrachtet.⁹³ Das bedeutet: Die Ukraine wird keine nennenswerten Sicherheitsgarantien erhalten.⁹⁴ Wie die Ukraine sitzen die EU-Regierungen bei den Verhandlungen bestenfalls am Katzentisch. Es rächt sich die Servilität transatlantisch korrumpter Eliten in Europa. Der Verzicht auf jegliche aussenpolitische Selbständigkeit, oder, wie Robert Habeck dies erklärt hat, «dienende Führung», erweist sich als Sackgasse. Nun müssen die verantwortlichen Politiker die Kosten des «vermeidbarsten Krieges der Welt» (Richard Sakwa) auf die eigene Bevölkerung abwälzen. Europaweit, aber vor allem in Deutschland, wird ein Verarmungsprozess einsetzen, der erhebliche soziale Brüche und Verteilungskämpfe bis hin zu inneren Unruhen nach sich ziehen wird.

Es dürfte dann auch dem letzten Desinteressierten auffallen, dass das herrschende Parteien-Kartell abgewirtschaftet hat. In der Folge wird – von Trump-Gefolgsleuten angeheizt – die Entwicklung ganz zu Gunsten von Parteien wie der AfD in Deutschland verlaufen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz hat Vizepräsident J.D. Vance für einen Fall der Brandmauer plädiert und europäische Politiker ermahnt, der Stimme des Volkes zu folgen.⁹⁵

Er erinnerte daran, dass nicht Russland die grösste Bedrohung darstellt, sondern der Abbau der Bürgerrechte und die Zerstörung der Demokratie.⁹⁶ Ein Treffen von US-Vizepräsident J.D. Vance und Bundeskanzler Olaf Scholz am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz war nicht vorgesehen, aber eines mit dem Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz.⁹⁷ Merz war von 2016 bis 2020 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Tochterfirma BlackRock Asset Management Deutschland AG.⁹⁸ Damit ist klar, wohin die Reise geht: Mit einer auf transatlantische Linie gebrachten AfD an der Seite der CDU soll der Finanzkapitalismus entfesselt und umfassender Sozialabbau durchgedrückt werden. Deutschland wird mit einem Kanzler Merz als zweites Land in Europa nach der Ukraine – wo bereits ein Konsortium von BlackRock und JP Morgan die Staatsschulden managt – in die Hände von Finanz-Heuschrecken fallen.

Der Rückbau der Bürgerrechte und der Demokratie ist irreversibel. Der Krieg hat den Weg in den Überwachungs-Kapitalismus beschleunigt. Vergleiche mit dem Nationalsozialismus sind hier unangebracht. Zum einen ist die Diktatur des Finanzkapitals keine nationale Strategie der Eroberung, sondern sie wird global ausgerollt. Zum zweiten handelt es sich um einen «blockierten Konflikt»⁹⁹: Die scheinbar kostenfreie Verfügbarkeit von Online-Angeboten sediert die Bevölkerung im Überwachungs-Kapitalismus, und eine starke Arbeiter- oder Bürgerrechtsbewegung wie in der Weimarer Republik existiert als organisierte politische Kraft nicht mehr. Die Transformation zur Fassadendemokratie, zu einem «umgekehrten Totalitarismus», ist ebenfalls ein Zerfallsprodukt des Westens.¹⁰⁰

Europa und insbesondere Deutschland gerät in den Windschatten der ökonomischen Entwicklung. Wir werden nicht nur zum Hinterhof der USA, sondern auch zum Hinterhof Russlands, das seine Hinwendung nach Asien nicht mehr rückgängig machen wird; denn es geht um Milliarden-Investitionen, die sich rentieren

müssen. Die Menschen in Europa, vor allem in Deutschland, werden die Kosten eines Krieges bezahlen, den sie nicht verhindern wollten.

Auch der Mangel an Zivilcourage insbesondere in Deutschland, die propagandistische Verblendung und die schwerfällige Agonie grosser Teile der Bevölkerung tragen ihren Teil zum Niedergang bei. Denn verantwortlich für das Unheil sind nicht nur jene, die es anrichten, sondern auch jene, die es nicht verhindern wollten.

Versucht man eine Gesamtschau, so stimmt die Welt nicht mehr mit den globalen Illusionen des Westens überein. Die Hegemonie Washingtons ist nicht mehr realisierbar. Die Niederlage des Westens in der Ukraine ist besiegelt, der Konflikt verlagert sich allmählich auf andere Schauplätze. Wie beim Untergang des Römischen Reiches brechen deshalb an den Peripherien des Imperiums asymmetrische Kriege aus. In einem Jahrzehntelangen Abnutzungskampf werden die USA darin die Kräfte ihrer Satrapen überdehnen und allmählich ihre eigenen verschleissen.¹⁰⁸

Donald Trump will den Krieg in der Ukraine loswerden und europäisieren, aber er hält am Konzept «Make America great again» fest. Es handelt sich deshalb um die Fortsetzung der imperialen US-Politik mit anderen Mitteln. Er respektiert den Übergang zur multipolaren Welt und arrondiert den eigenen Machtbereich auf Kosten der Vasallen. Doch die Konflikte, die wir erleben, stehen erst am Anfang.

Dass Trump in Zeiten solcher Umbrüche vorgeschlagen hat, gemeinsam mit Russland und China nuklear abzurüsten, könnte zur wichtigsten Initiative eines US-Präsidenten in den vergangenen Jahrzehnten werden – falls er sich gegen den militärisch-industriellen Komplex durchsetzen kann. Vielleicht kann es so gelingen, die Welt vor einer atomaren Katastrophe zu retten.¹¹⁰

Ich fasse zusammen:

1. Der Westen hat den Krieg in der Ukraine verloren. Washington verabschiedet sich von Europa und fügt sich in die multipolare Realität. Die USA konzentrieren sich ganz auf den Kampf gegen China. Washington europäisiert den Krieg.
2. Die Ukraine wird geteilt. Die Gebiete, die der Russischen Föderation eingegliedert wurden, bleiben russisch. Moskau fordert 30 Prozent des ukrainischen Gebiets, wird aber auf Odessa und Charkiw verzichten müssen.¹¹¹
3. Die Hinwendung Russlands nach Asien ist irreversibel. Dem Westen wird es nicht gelingen, Peking und Moskau zu spalten.
4. Trump wird die EU dazu zwingen, die Ukraine aufzunehmen und den Wiederaufbau zu bezahlen. Dadurch blutet die EU finanziell aus und wird auseinanderfallen. Europa wird wirtschaftlich und politisch zum Hinterhof der Weltökonomie und der Geopolitik.
5. Der wirtschaftliche Niedergang des Westens ist langfristig unaufhaltsam. Aussenministerin Baerbock verplappert sich und erwähnt ein neues Rüstungspaket der EU für die Ukraine in Höhe von 800 Milliarden Euro, das beschlossen werden soll.¹¹² Damit hat die EU entschieden, mit dem sinkenden Schiff unterzugehen.¹¹³
6. Der Westen ist gespalten. Die USA werden sich teilweise aus Europa zurückziehen, aber die Nato als Disziplinierungs- und Kontrollinstrument gegenüber den Europäern erhalten. Die EU soll künftig allein die Russische Föderation eindämmen.
7. Die Realitätsverweigerung europäischer Eliten dauert an. Provokationen wie die von Annalena Baerbock,¹¹⁴ den Taurus zu liefern und Russlands Hinterland anzugreifen, könnten Moskau zu einem Präventivschlag bewegen und eine nukleare Katastrophe herbeiführen.
8. Von einer gesamteuropäischen Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer, unteilbarer Sicherheit sind wir weiter entfernt denn je.
9. Zu verdanken haben wir dies Politikern und einer akademischen Schicht, die nicht wissen, was Krieg heisst.

FUSSNOTEN

¹ Trump May Meet Putin in February in Stunning Setback for Ukraine, Europa. Newsweek, 16.2.2025, <https://www.newsweek.com/trump-meet-putin-february-setback-ukraine-europe-2031967>

² Collinson, Stephen. Trump's rush for a deal with Putin leaves Ukraine and Europe scrambling. CNN, 18.2.2025, <https://edition.cnn.com/2025/02/18/politics/trump-putin-deal-ukraine-analysis/index.html> ⁴ Rubio Says Sanctions to Stay for Now as Trump Eyes Putin Summit. Bloomberg, 18.2.2025, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-02-18/rubio-says-us-won-t-lift-russia-sanctions-before-ukraine-deal>

⁵ Burghardt, Peter; Hassel, Florian. Radikaler Kurswechsel: Ukraine soll Gebiete aufgeben, Trump kündigt Verhandlungen mit Putin an. Tages-Anzeiger, 12.2.2025, <https://www.tagesanzeiger.ch/ukraine-usa-vollziehen-kurswechsel-380205795846>

⁶ Maier, Michael. Trump und Putin – deutsche Politiker sprechen von «Verrat und Diktat. Berliner Zeitung, 13.2.2025, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ukraine-trump-und-putin-deutsche-politiker-sprechen-von-verrat-li.2295054>

Rüesch, Andreas. Trump und Putin wollen sich einigen, Europa wird übergangen: Der Verrat an der Ukraine nimmt seinen Lauf. Neue Zürcher Zeitung, 13.2.2025, <https://www.nzz.ch/meinung/trump-strebt-deal-mit-putin-an-die-ukraine-kommt-unter-die-raeder-id.1870912>

⁷ «We want, like you, a sovereign and prosperous Ukraine, but we must start by recognizing that returning to Ukraine's pre-2014 borders is an unrealistic objective. Chasing this illusionary goal will only prolong the war and cause more suffering». Zit. n. Diesen, Glenn: Hegseth replaces Deception with Reality. Substack, 13.2.2025, https://glenndiesen.substack.com/p/hegseth-replaces-deception-with-reality?publication_id=2670149&post_id=157055942&isFreemail=true&r=9vuj8&triedRedirect=true

- ⁸ «The United States does not believe that Nato membership for Ukraine is a realistic outcome of a negotiated settlement.» Ebd.
- ⁹ «Security guarantees must be backed by capable European and non-European troops. If these troops are deployed as peacekeepers at any point, they should be deployed as part of a non-Nato mission and should not be covered under Article 5 [...] To be clear: As part of any security guarantee, there will not be U.S. troops deployed to Ukraine.» Ebd.
- ¹⁰ Kriegsverletzte ukrainische Soldaten ziehen in Flüchtlingsunterkunft in Charlottenburg. RBB, 7.4.2024, <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/04/berlin-charlottenburg-soldaten-ukraine-fluechtlingsunterkunft-prothesen.html>
- ¹¹ Meyen, Michael. Cancel Culture. Wie Propaganda und Zensur Demokratie und Gesellschaft zerstören. Berlin 2024, S. 9f.
- ¹² Baab, Patrik: Crime and Punishment. The Postil Magazine vom 1.8.2024, <https://www.thepostil.com/crime-and-punishment-what-dostoevsky-can-teach-the-global-south-about-the-ukraine-war/>
- ¹³ Diesen, Glenn. The Ukraine War and the Eurasian World Order. Atlanta 2024
- ¹⁴ Mearsheimer, John J.. Wer hat den Ukraine-Krieg verursacht? Nachdenkseiten vom 31.8.2024, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=120486>; Mearsheimer, John J. Who Caused the Ukraine War? Substack, 5.8.2024, <https://mearsheimer.substack.com/p/who-caused-the-ukraine-war>; Mearsheimer, John J.: Die Ukraine hat schon verloren – und je länger der Krieg dauert, desto schlimmer wird es werden. Weltwoche vom 1.3.2024, <https://weltwoche.ch/daily/geostratege-john-j-mearsheimer-die-ukraine-hat-schon-verloren-und-je-laenger-der-krieg-dauert-desto-schlimmer-wird-es-werden/>
- ¹⁵ Sachs, Jeffrey. Ukraine-Krieg: Warum wollen die USA keinen Verhandlungsfrieden? Telepolis, 25.6.2024, <https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Krieg-Warum-wollen-die-USA-keinen-Verhandlungsfrieden-9776574.html>; Sachs, Jeffrey: Der Ukraine-Krieg wurde provoziert: Warum das für den Frieden zentral ist. Telepolis, 29.5.2023, <https://www.telepolis.de/features/Der-Ukraine-Krieg-wurde-provoziert-Warum-das-fuer-Frieden-zentral-ist-9066817.html>
- ¹⁶ Sakwa, Richard. The Lost Peace. How the West Failed to Prevent a Second Cold War. New Haven u. London 2023; Sakwa, Richard. Frontline Ukraine. Crisis in the Borderlands. London 2016
- ¹⁷ Baud, Jacques. The Russian Art of War. How the West Led Ukraine to Defeat. Paris 2024; Baud, Jacques. Ukraine entre Guerre et Paix. Paris 2023; Baud, Jacques. Opération Z. Paris 2022
- ¹⁸ Todd, Emmanuel. La Défaite de l'Occident. Paris 2023. Todd, Emmanuel: Deutschland entscheidet, ob in der Ukraine Frieden einkehrt. Berliner Zeitung vom 21.7.2024, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/manuel-todd-deutschland-wird-entscheiden-ob-in-der-ukraine-frieden-einkehrt-li.2236539>; Todd, Emmanuel. La Défaite de l'OTAN sera une Victoire pour l'Europe. Le Journal du Dimanche, 14.1.2024, <https://www.lejdd.fr/international/manuel-todd-au-idd-la-defaite-de-lotan-sera-une-victoire-pour-l-europe-141189>; Todd, Emmanuel. La Troisième Guerre Mondiale a commencé. Le Figaro, 13.1.2023, <https://www.lefigaro.fr/vox/monde/manuel-todd-la-troisieme-guerre-mondiale-a-commence-20230112>
- ¹⁹ Mearsheimer, John J.. Wer hat den Ukraine-Krieg verursacht? Globalbridge, 7.9.2024, https://globalbridge.ch/wer-hat-den-ukraine-krieg-verursacht/?utm_source_platform=mailpoet
- ²¹ Atkinson, Rodney. The Ukraine Sacrifice – Kursk Invasions Hastens Ukraine Defeat, Boris Johnson's Disastrous Legacy, War Crimes in Kursk. Freenations vom 9.9.2024, <https://freenations.net/the-ukraine-sacrifice-kursk-invasion-hastens-ukraine-defeat-johnsons-disastrous-legacy-war-crimes-in-kursk/>; vgl. dagegen die niedrigeren Zahlen bei: ualosses.org/en/soldiers/; «It will be a shock»: Ukraine lost 500,000 Soldiers in War so far, nearly 30,000 per Month: Lutsenko Claims. The Eurasian Times, 7.1.2024, [https://weltwoche.ch/daily/kiews-ex-generalstaatsanwalt-schon-eine-halbe-million-ukrainer-im-krieg-gefallen-von-selenskyjs-regierung-fordert-er-sie-sollten-sagen-wie-viele-ukrainer-gestorben-sind/](https://www.eurasiantimes.com/it-will-be-a-shock-ukraine-lost-500000-soldiers-in-war/Kiews Ex-Generalstaatsanwalt: Schon eine halbe Million Ukrainer im Krieg gefallen. Die Weltwoche, 13.1.2024, <a href=)
- ²² Rötzer, Florian. Hat Putin unbeabsichtigt die Zahl der russischen Verluste im Krieg genannt? Overton-Magazin, 8.6.2024, overton-magazin.de/top-story/hat-putin-unbeabsichtigt-die-zahl-der-russischen-verluste-im-krieg-genannt/
- ^{22a} <https://rutube.ru/video/404f1e95d0fdb318d174cd1d48abb0d5/>
- ²³ The Prize of Bakhmut. We reveal the staggering toll of Russia's bloodiest battle since WW2 and Wagner's inmates recruited to fight it. Mediazona. 10.6.2024, <https://en.zona.media/article/2024/06/10/wagner>; Russian losses in the war with Ukraine. Mediazona count, updated. Mediazona. 13.9.2024, https://en.zona.media/article/2022/05/20/casualties_eng; The art of war. The Kremlin is hiding Russia's death toll in Ukraine – a small regional museum collection helps expose it. Mediazona. 13.8.2024, <https://en.zona.media/article/2024/08/13/artsalsk>
- ²⁴ Röper, Thomas. Warum die Meldung der Nato, über 600'000 Russen seien gefallen oder verwundet, falsch ist, Anti-Spiegel. 30.10.2024, <https://anti-spiegel.ru/2024/warum-die-meldung-der-Nato-ueber-600-000-russen-seien-gefallen-oder-verwundet-falsch-ist/>
- ²⁶ Ukraine-Krieg: Tote und Verletzte in der ukrainischen Zivilbevölkerung laut Zählungen der UN. Stand: 31. Dezember 2024, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1297855/umfrage/anzahl-der-zivilen-opfer-durch-ukraine-krieg/>
- ²⁷ Batcho, Kevin. Desperately Seeking Nato Intervention. Ukraine is marooned in Russia's Kursk region's archipelago of attrition while Russia breaks through the Donbass impasse and into open operational space towards the Dnieper River. Beyond the Waste Land, 29.8.2024, www.beyondwasteland.net/p/desperately-seeking-Nato-intervention
- ²⁸ Kujat, Harald. Die Lage der Ukraine ist kritisch. Nato-General a.D. Harald Kujat über weitreichende Waffen, die Eskalation des Westens und Russlands Toleranzschwelle. Interview mit Roman Zeller. Die Weltwoche, 13.9.2024, <https://weltwoche.de/daily/video/die-lage-der-ukraine-ist-kritisch-Nato-general-a-d-harald-kujat-ueber-weitreichende-waffen-die-eskalation-des-westens-und-russlands-toleranzschwelle/>
- ²⁹ Zahlen verschiedener Telegram-Kanäle.
- ³⁰ Kujat, Harald. Die Lage der Ukraine ist kritisch. Nato-General a.D. Harald Kujat über weitreichende Waffen, die Eskalation des Westens und Russlands Toleranzschwelle. Interview mit Roman Zeller. Die Weltwoche, 13.9.2024, <https://weltwoche.de/daily/video/die-lage-der-ukraine-ist-kritisch-Nato-general-a-d-harald-kujat-ueber-weitreichende-waffen-die-eskalation-des-westens-und-russlands-toleranzschwelle/>
- ³¹ Hett, Felix. Der Ukraine läuft die Zeit davon. Interview IPG-Journal, 13.2.2025, https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/der-ukraine-laeuft-die-zeit-davon-8090/?utm_campaign=de_40_20250213&utm_medium=email&utm_source= newsletter
- ³³ Le Sommier, Régis. To the Last Ukrainian: An American War. The Story of a War Reporter. Paris 2023
- ³⁴ Baab, Patrik. Auf beiden Seiten der Front. Meine Reisen in die Ukraine. Frankfurt: Fifty-Fifty 2023 (5)
- ³⁵ Katchanovski, Ivan. The Maidan Massacre in Ukraine. The Mass Killing that Changed the World. Ottawa 2024, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-031-67121-0>
- ³⁶ Petro, Nikolai N. The Tragedy of Ukraine. What Classical Greek Tragedy Can Teach Us About Conflict Resolution. Berlin u. Boston 2023, S. 102
- ³⁷ Schröter, Lothar. Der Ukraine-Krieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der Nato. Berlin 2024, S. 117f.
- ³⁸ Katchanovski, Ivan. Maidan-Massaker in der Ukraine: Ein Insider-Job? Neutrality Studies, 13.9.2024, <https://www.youtube.com/watch?v=rZFgBs2cExs>

- ³⁹ Schröter, a.a.O., S. 173. Zur Gründung von Wagner siehe Ritter, Scott: Wagner, I hardly knew ye. Scott Ritter Extra, June 28, 2023, <https://www.scottritterextra.com/p/wagner-i-hardly-knew-ye?publicat>
- ⁴⁰ zit. n. Schröter, a.a.O., S. 172f.
- ⁴¹ zit. n. Schröter, a.a.O., S. 169f.
- ⁴² Baab, a.a.O., S. 183
- ⁴³ Schröter a.a.O., S. 175
- ⁴⁵ Baud, Jacques. Putin – Herr des Geschehens? Frankfurt a.M. 2023
- ⁴⁶ Schröter, a.a.O., S. 141f.
- ⁴⁷ Schröter, a.a.O., S. 185
- ⁴⁸ Ritter, Scott. Merkel Reveals West's Duplicity. Consortium News, 9.12.2022, <https://consortiumnews.com/2022/12/05/scott-ritter-merkel-reveals-wests-duplicity/>
- ⁴⁹ Schröter, a.a.O., S. 173
- ⁵⁰ «So first, if you look at the trajectory of the conflict, because we saw it coming, we were able to make sure that not only were we prepared and allies and partners were prepared, but that Ukraine was prepared. We made sure that well before the Russian aggression happened, starting in September and then again December, we quietly got a lot of weapons to Ukraine to make sure that they had in hand what they needed to defend themselves, things like Stingers, Javelins that were instrumental in preventing Russia from taking Kyiv, from rolling over the country, erasing it from the map, and indeed pushing the Russians back.» Garcia-Navarro, Lulu. Antony Blinken insists he and Biden made the right calls. New York Times Magazine, 4.1.2025, <https://www.nytimes.com/2025/01/04/magazine/antony-blinken-interview.html>
- ⁵¹ Staudt, Dieter. Die Ukraine wollte den Krieg mit Russland. Apolut, 11.2.2025, <https://apolut.net/die-ukraine-wollte-den-krieg-mit-russland/>
- ^{51a} Varga, György. 30 Jahre Budapester Memorandum: Die nukleare Abrüstung der Ukraine im Rückblick. Nachdenkseiten, 5.12.2024, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=125695>
- ⁵² Schröter, a.a.O., S. 188f.
- ⁵³ Stoltenberg, Jens: North Atlantic Treaty Organization, Opening Remarks, 7. September 2023, www.Nato.int/cps/en/Natohq/opinions_218172.htm
- ⁵⁴ Mearsheimer, John J. Wer hat den Ukraine-Krieg verursacht? Globalbridge, 7.9.2024, https://globalbridge.ch/wer-hat-den-ukraine-krieg-verursacht/?utm_source_platform=mailpoet
- ⁵⁵ zit. n. Schröter, a.a.O., S. 134f.
- ⁵⁶ Diesen, Glenn. Hegseth replaces Deception with Reality. Substack, 13.2.2025, https://glenndiesen.substack.com/p/hegseth-replaces-deception-with-reality?publication_id=2670149&post_id=157055942&isFreemail=true&r=9vuj8&triedRedirect=true; Panchenko, Diana. The Inevitable: The Shocking Truth behind the War in Ukraine. London 2024
- ⁵⁷ Rötzer, Florian. Im Ukraine-Krieg geht es weniger um Freiheit als um die Ausbeutung kritischer Bodenschätze. Overton-Magazin, 12.2.2025; <https://overton-magazin.de/top-story/im-ukraine-krieg-geht-es-weniger-um-freiheit-als-um-die-ausbeutung-kritischer-bodenschaezze/>
- ⁵⁸ Entous, Adam; Schwirtz, Michael. The Spy War: How the C.I.A. secretly helps Ukraine fight Putin. The New York Times, 25.2.2024, <https://archive.ph/p8GVp>
- ⁵⁹ Nach Angaben der britischen Zeitung Guardian vom 28. April hatte Johnson Selenski dazu gedrängt, keine Zugeständnisse an Putin zu machen. Die Ukrainska Prawda berichtete am 5. Mai 2022, dass Johnson zwei klare Botschaften überbracht habe: Putin sei ein Kriegsverbrecher, und es solle Druck auf ihn ausgeübt, nicht aber mit ihm verhandelt werden. Zudem signalisierte Johnson, dass der Westen, selbst wenn die Ukraine zu Vereinbarungen bereit sei, nicht mit Putin verhandeln wolle. Das Prinzip des militärischen Sieges vor der Diplomatie: Die Neue Zürcher Zeitung meldete am 12. April, dass die britische Regierung unter Johnson auf einen militärischen Sieg der Ukraine setze. Die damalige britische Aussenministerin Liz Truss und andere konservative Unterhausabgeordnete sprachen sich für eine massive Ausweitung der militärischen Unterstützung aus. Kritische Stimmen wie die des Guardian-Kolumnisten Simon Jenkins, warnen jedoch vor den Risiken einer solchen Politik und werfen der britischen Regierung vor, den Krieg für eigene politische Ambitionen zu nutzen. Die USA und ihre strategischen Interessen im Ukraine-Krieg: Die geopolitische Dimension des Konflikts wurde noch deutlicher, als US-Verteidigungsminister Lloyd Austin nach seinem Besuch in Kiew am 25. April 2022 erklärte, die USA sähen in dem Krieg eine Gelegenheit, Russland langfristig militärisch und wirtschaftlich zu schwächen.
- ⁶³ Schröter, a.a.O., S. 142f.
- ⁶⁶ Sakwa, Richard. Frontline Ukraine. Crisis in the Borderlands, London 2016, S. 227
- ⁶⁷ Berglöf, Erik; Rashkovian, Vladyslav. Reconstructing and Reforming Ukraine. LSE Public Policy Review, 2023, S. 2, <https://ppr.lse.ac.uk/articles/10.31389/lseppr.95; Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment. February 2022 – February 2023. World Bank Group, März 2023, https://documents1.worldbank.org/curated/en/099184503212328877/pdf/P1801740d1177f03c0ab180057556615497.pdf>
- ⁶⁸ Dudik, Andrea; Safranova, Olesia; Sykes, Patrick; Wass, Sanne. The \$1 Trillion Race to Rebuild Ukraine is Slowly Getting Going. Bloomberg, 9.3.2024
- ⁷⁰ Röper, Thomas. Was wäre, wenn die EU nicht Krieg, sondern die Menschen als Priorität gehabt hätte [...]? Anti-Spiegel, 9.2.2025, <https://anti-spiegel.ru/2025/was-waere-wenn-die-eu-nicht-krieg-sondern-die-menschen-als-prioritaet gehabt-haette/>
- ⁷⁴ Russia and US eye joint Arctic energy projects after Saudi talks. Politico, 18.2.2025, <https://www.politico.eu/article/russia-us-saudi-arctic-energy-rdif-ukraine-russia-capital/>
- ⁷⁵ Martyanov, Andrei. America's Final War. Atlanta 2024, S. 50, 74
- ⁷⁶ «Never in the history of warfare has the gap between the capacity of the tools of destruction of opposing forces been as massive as it is today between Nato and Russia. Moreover, this gap concerns not just technology of Russia and Nato, but the operational concepts that give birth to those weapon systems. It is the latter which features so heavily in any assessment of whether Western forces will ever be able to catch up. The carrier-centric navies are in their final days of existence as a viable force on the 21st century global battlefield.» Martyanov, Andrei, America's Final War. Atlanta 2024, S. 166; «Our probability models for defense against missile attacks show that U.S. THAAD and Aegis systems cannot be relied on to counter Oreshnik and are unlikely to achieve reliability within the next 15 years.» General Herbert McMaster, Former US National Security Advisor. Assessment of Russian Oreshnik missile system, January 9, 2025. Centre for War Studies, 12.1.2025
- ⁷⁷ Butterwegge, Christoph. Der Traum vom Fahrstuhl nach oben. Süddeutsche Zeitung, 5.9.2024, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/ungleichheit-und-afd-christoph-butterwegge-lux.CPCvVkJUHPVEiGgXQytFk?reduced=true>
- ⁷⁸ <https://www.wiwo.de/politik/ausland/ukraine-krieg-infografik-welche-laender-russland-sanktionieren-und-wer-sich-enthaelt/28312140.html>; https://de.wikipedia.org/wiki/Sanktionen_gegen_Russland_seit_dem_%C3%9Cberfall_auf_die_Ukraine#T%C3%BCcke
- ⁷⁹ Petro, Nikolai. The Proxy-War is Collapsing. Neutrality Studies, 2.3.2024, <https://www.youtube.com/watch?v=4bt9sAo8cME>
- ⁸⁸ <https://x.com/LindseyGrahamSC/status/1832160396846776710>

⁸⁹ Schröter, a.a.O., S. 147

⁹⁰ Zum tendenziellen Fall der Profitrate s. Nachtwey, Oliver. Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Frankfurt a. M. 2016 (3), S. 53–63

⁹⁷ Ritter, Scott. Trump's Call with Putin. Project Ukraine is over. Interview for Jamarl Thomas, 14.2.2025, @ScottRitter

⁹⁸ Kronauer, Jörg. Auf Abstand. Konzentration auf den finalen Kampf gegen China: Die USA drehen Europa den Rücken zu. Dort will man die Reihen schliessen. Junge Welt, 15.2.2025, <https://www.jungewelt.de/artikel/494035.weltpolitik-auf-abstand.html>

⁹⁹ Ukraine-Friedenstruppe: Starmer prescht vor, Scholz bremst. Wirtschaftswoche, 17.2.2025, <https://www.wiwo.de/politik/ausland/ukraine-krieg-ukraine-friedenstruppe-starmer-prescht-vor-scholz-bremst/30215904.html>. Der russische Aussenminister Lawrow: «Any appearance by armed forces under some other flag does not change anything. It is of course completely unacceptable.»

Debusmann, Bernd; Wright, George; Pomeroy, Gabriela. Trump says Ukraine could have made a deal earlier. BBC News 19.2.2025, <https://www.bbc.com/news/articles/cd0n5e1pdz9o>

¹⁰⁰ Diesen, Glenn. Hegseth replaces Deception with Reality. Substack, 13.2.2025, https://glenndiesen.substack.com/p/hegseth-replaces-deception-with-reality?publication_id=2670149&post_id=157055942&isFreemail=true&r=9vuj8&triedRedirect=true

¹⁰² Pancevski, Bojan; Ward, Alexander. Vance Wields Threat of Sanctions, Military Action to Push Putin into Ukraine Deal. The Wall Street Journal, 14.2.2025, https://www.wsj.com/world/europe/vance-wields-threat-of-sanctions-military-action-to-push-putin-into-ukraine-deal-da9c18ac?mod=hp_lead_pos1

¹⁰³ «The threat that I worry the most about vis-à-vis Europe is not Russia. It's not China, it's not any other external actor. And what I worry about is the threat from within. The retreat of Europe from some of its most fundamental values, values shared with the United States of America. Dismissing people, dismissing their concerns [...], shutting down media, shutting down elections [...] protects nothing. It is the most surefire way to destroy democracy [...]. If you're running in fear of your own voters, there is nothing America can do for you.» McLeary, Paul; Cienski, Jan; Lynch, Suzanne; Gramer, Robbie. JD Vance attacks Europe over migration, free speech. Politico, 14.2.2025, https://www.politico.eu/article/us-vice-president-jd-vance-attack-europe-migration-free-speech/?utm_source=email&utm_medium=alert&utm_campaign=JD%20Vance%20Attacks%20Europe%20Over%20Migration%2C%20Free%20Speech

¹⁰⁴ Affront auf der Münchner Sicherheitskonferenz. JD Vance trifft Merz – nicht aber Scholz. Tagesspiegel, 14.2.2025, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/affront-auf-der-munchner-sicherheitskonferenz-jd-vance-trifft-merz-nicht-aber-scholz-13201645.html>; JD Vance attacks Europe over migration, free speech. Politico, 14.2.2025, https://www.politico.eu/article/us-vice-president-jd-vance-attack-europe-migration-free-speech/?utm_source=email&utm_medium=alert&utm_campaign=JD%20Vance%20Attacks%20Europe%20Over%20Migration%2C%20Free%20Speech

¹⁰⁵ Rügemer, Werner. Nato im Kanzleramt? Nachdenkseiten, 13.2.2025, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=128643>

¹⁰⁶ Staab, Philipp. Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2020(2), S. 282–286

¹⁰⁷ Wolin, Sheldon S. Umgekehrter Totalitarismus. Faktische Machtverhältnisse und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf unsere Demokratie. Frankfurt a. M. 2023

¹⁰⁸ Engels, David. Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik. Historische Parallelen. Berlin u. München 2023

¹⁰⁹ Escobar, Pepe. The crisis-ridden U.S. empire wants to take the world down with it in nuclear flames. Strategic Culture Foundation, 6.9.2024, <https://strategic-culture.su/news/2024/09/06/crisis-ridden-us-empire-wants-to-take-world-down-with-nuclear-flames/>

¹¹⁰ President Trump says he wants to work with China and Russia on the issue of «slowing down, stopping and reducing nuclear weapons». Trump went on to declare that «there's no reason for us to be building brand-new nuclear weapons [...]. We already have so many you can destroy the world 50 times over, 100 times over». He also said he would urge Russia and China to join him in cutting their respective military budgets by half. Ritter, Scott. Disarmament in a time of Chaos. Substack, 14.2.2025

¹¹¹ Lancaster, Patrick. Russia and the U.S. Hold Peace Negotiations on Ukraine in Saudi Arabia: What You Need to Know. Substack, 19.2.2025, <https://substack.com/@patricklancasternewstoday/note/c-94555937>

¹¹² Berger, Jens. Billionenschulden für Waffen – und der Wähler darf es noch nicht wissen. Nachdenkseiten, 18.2.2025, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=128869>

¹¹³ «Nato has lost the proxy war in Ukraine, and the US aims to hand over the pending disaster to the Europeans. Trapped by their own rhetoric and ideology, the Europeans have accepted to go down with the ship.» Diesen, Glenn, X, 19.2.2025, https://x.com/Glenn_Diesen/status/1892101375921623410

¹¹⁴ Baerbock und Merz: Deutschland soll ‹Taurus› an Kiew liefern. Transition News, 16.2.2025, <https://transition-news.org/baerbock-und-merz-deutschland-soll-taurus-an-kiew-liefern>

Nie wieder! Eine Brandmauer gegen Kriegstreiber-Parteien wäre die Konsequenz

Von Uwe Froschauer, Februar 21, 2025

US-Vizekanzler JD Vance heizte den selbstgerechten, sich als Gutmenschen und Demokraten wähnenden, im Publikum sitzenden Europäern in einer jetzt schon legendären und absolut treffenden Rede auf der SiKo München 2025 ein, und plädierte für Meinungsfreiheit und den Abbruch der Brandmauer zur AfD. Er übte harsche Kritik an den Europäern, kam auf das Chaos bei der Migration sowie auf die von Politikern betriebene Spaltung der Gesellschaft zu sprechen. Die grösste Gefahr für Europa seien nicht etwa China oder Russland, sondern die grösste Gefahr liege in Europa selbst. Dito.

Das grösstenteils konsterniert dreinblickende Publikum, dessen Eitelkeit angekratzt und trügerisches Selbstbild in Gefahr war, geizte mit Applaus und gab sich danach empört und beleidigt. Die Wahrheit tut manchmal sehr weh, und führte in dieser Angelegenheit zu verdrängenden Aussagen wie zum Beispiel «Kümmere dich um deinen eigenen Kram, da gibt's Aufgaben genug in den USA» oder «Das, was Vance gestern gemacht hat, geht ihn nichts an. So klar muss man das sagen» von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

Auf der SiKo erfolgte eine armselige und unfundierte Ansprache von Verteidigungsminister und Kriegstreiber Boris Pistorius als Reaktion auf die in meinen Augen wahren Worte des US-Vize-Präsidenten, die als weiterer Beleg für die bestenfalls als mental mittelmässig zu bezeichnenden europäischen Politiker heutiger

Tage in die Geschichte eingehen wird. Pistorius sagte «Wenn ich ihn richtig verstanden habe, vergleicht er Zustände in Teilen Europas mit denen in autoritären Regimen.» Das sei nicht akzeptabel und nicht das Europa und nicht die Demokratie, in der er lebte und gerade Wahlkampf machte. In dieser Demokratie habe jede Meinung eine Stimme. Sie ermögliche es in Teilen extremistischen Parteien wie der AfD, ganz normal Wahlkampf zu machen. «Genau wie jede andere Partei. Das ist Demokratie», meinte Pistorius und strich Balsam auf seine Wunde und die anderer ‹Betroffener› – im doppelten Sinne dieses Wortes.

Die AfD kann also ganz normal Wahlkampf machen, Herr Pistorius: Warum klatscht dann niemand im angeblich unparteiischen Publikum bei Veranstaltungen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks, wenn Alice Weidel etwas, meist Richtiges sagt, obwohl die AfD mehr als 20 Prozent der deutschen Wähler hinter sich hat? Demokratie?

Auf X postete Bundeskanzler Olaf Scholz am 14. Februar 2025:

«Ich weise ausdrücklich zurück, was US-Vizepräsident Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt hat. Aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus haben die demokratischen Parteien in Deutschland einen gemeinsamen Konsens: Das ist die Brandmauer gegen extrem rechte Parteien.»

Einmal davon abgesehen, dass die AfD keine extrem rechte Partei ist, Herr Scholz, sondern eine ‹Alternative für Deutschland› haben die angeblich demokratischen Parteien anscheinend keine Lehre aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus gezogen. Die Conclusio aus der Aufarbeitung aus der Nazi-Zeit hat sich in zwei Worten manifestiert: Nie wieder!

Der im Konzentrationslager Buchenwald von den Überlebenden geleistete Schwur am 19. April 1945, kurz nach der Befreiung durch US-amerikanische Truppen – zusammengefasst in den Worten «Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!» – ist aktueller denn je. Für mich bedeutet die jährliche Erinnerung an das Kriegsende am 8. Mai 1945 mittels dieser Worte zum einen, dafür einzutreten, dass allen Menschen – egal welcher Hautfarbe, Religion, Geschlecht, politischer Meinung, Nationalität, Versehrtheit oder sexueller Neigung – auf Augenhöhe zu begegnen ist, und zum anderen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Danach sieht es momentan angesichts der vielen Kriegstreiber in Deutschland nicht aus. Anscheinend besinnen sich diese Bellizisten auf die Worte «Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern» von Konrad Adenauer. Frieden ist ‹out›, Krieg ist ‹in›, und Pazifisten sind demnach Lumpen, Lumpenpazifisten eben. Das ‹Wahrheitsministerium› versteht sich sehr gut darin, die Wahrheit zu diffamieren, und Lügen als Wahrheit zu verkleiden.

«Das ist die Seuche unserer Zeit: Verrückte führen Blinde.»

William Shakespeare

Am 15. Februar 2025 auf der SiKo meinte Scholz, Deutschland werde es „nicht akzeptieren, wenn Aussenstehende zugunsten dieser Partei (AfD) in unsere Demokratie, in unsere Wahlen und in die demokratische Meinungsbildung eingreifen.“

Anscheinend hat Olaf Scholz vergessen, dass gerade seine Partei den Wahlkampf der Demokraten in den USA lautstark unterstützt hat, und einige als Wahlhelfer sogar in die USA gereist sind. Genau von dieser an den Tag gelegten Doppelmoral in Europa redet JD Vance, Herr Scholz, wenn Sie zwischen den Zeilen lesen können. Und Sie haben recht, «das gehört sich nicht – erst recht nicht unter Freunden und Verbündeten», wie Sie sagten.

Unterstützung Israels bei seinem Genozid mit Waffen

Die deutsche Regierung unterstützt ebenso wie die US-amerikanische die israelische Regierung bei ihrem Vorgehen gegen die Bevölkerung in Gaza. Israel sieht Palästinenser meiner Meinung nach als Untermen-schen an. Netanjahu macht in meinen Augen das Gleiche mit Palästinensern, wie es die Nazis seinerzeit mit den Juden getan haben. Wer Despoten bei ihren Gräueltaten unterstützt, macht sich mitschuldig, und tritt die Worte «Nie wieder» mit Füßen. Doppelmoral nennt man so ein Verhalten, unwerte Kriegstreiber! Ich sehe in Netanjahu einen Massenmörder, der von Donald Trump auch noch hofiert wird. So gut ich die Aufräumaktionen – insbesondere die von Trump initiierten Friedensverhandlungen bezüglich des Ukrainekonflikts – auch finde, ist es für mich absolut unverständlich, warum er diesem Schlächter Netanjahu den ‹Schlüssel zum Weissen Haus› überreicht hat. Wer weiss, vielleicht hat Netanjahu zuvor dem US-Präsidenten den Schlüssel zum geplanten, von Palästinensern gesäuberten Ferienparadies Gaza übergeben.

Nicaragua warf im April 2024 Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag meines Erachtens völlig zu Recht vor, Beihilfe zum Völkermord zu leisten, weil es Israel politisch und mit Waffen unterstützte. Das doppelmoralische (und eingebildete) Vorzeigeland Deutschland in Sachen Moral, das einerseits gegen den vermeintlichen Aggressor Wladimir Putin mit dümmlichen Sanktionen gegen Russland vorgeht sowie mit Waffenlieferungen an die Ukraine das eigene Land schwächt und das Töten weiter gehen lässt, und andererseits den Aggressor und Massenmörder Benjamin Netanjahu die Stange hält, wies selbstverständlich alle Vorwürfe Nicaraguas zurück, mit dem Hinweis, sich stets an das Völkerrecht zu halten und Waffenlieferungen sehr genau zu erwägen. Saubermann Deutschland unterscheidet eben zwischen guten Aggressoren und bösen Aggressoren. Was nicht passt, wird durch entsprechende Erzählungen – neu-deutsch: Narrative – passend gemacht, um den Rückhalt in der Bevölkerung nicht zu verlieren. Meine Mut-

ter hat mir abends auch immer aus dem Märchenbuch vorgelesen, was ich auch für bare Münze nahm – wie heute viele Erwachsene die Erzählungen ihrer Regierungen.

Der Internationale Strafgerichtshof hat am 21. November 2024 Haftbefehle gegen den israelischen Premier Netanjahu, Ex-Verteidigungsminister Gallant und den Militärschef der palästinensischen Terrororganisation Deif erlassen. Es ging und geht unter anderem um mutmassliche Kriegsverbrechen. Bereits im Mai 2024 hatte Chefankläger Karim Khan den Antrag hierzu gestellt. Netanjahu und Gallant stehen unter dem Verdacht Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen verübt zu haben. Ich denke, bei Tausenden toter Kinder durch israelische Angriffe kann man kaum mehr von «Verdacht» sprechen, und man sollte diesen in diesem Zusammenhang euphemistisch verwendeten Begriff Verdacht durch «Fakten» ersetzen.

Solche Menschen, Herr Scholz und Herr Trump, unterstützt man nicht, sondern bringt sie dorthin, wo sie hingehören: Ins Gefängnis!

Nie wieder Krieg!

Artikel 26 Grundgesetz besagt Folgendes:

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Absatz 1 dieses Artikels scheint Politmarionetten wie der besten deutschen Aussenministerin aller Zeiten – aus Sicht der US-Demokraten –, die ganz privat Krieg gegen Russland führt und sich erdreistet, das Wort «Wir» in den Mund zu nehmen, sowie Roderich Kiesewetter (CDU), der in seiner politischen, militärischen und menschlichen Kurzsicht den Krieg gerne nach Russland tragen möchte, als auch weitere Befürworter der Lieferung des Marschflugkörpers Taurus in die Ukraine wie Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Kriegsdienstverweigerer Anton Hofreiter (Die Grünen) – alias Panzertoni, Friedrich Merz (CDU), Sonnenkönig Markus Söder (CSU), insgeheim der kriegstaugliche Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) und Kriegstreiber-Konsorten, fremd zu sein. Mit diesen Aktionen und Forderungen aus dem bunt gemischten Parteienkartell – die Olaf Scholz «demokratische Parteien» nennt, obwohl die Mehrheit des Volkes, das angeblich von diesen Politikern vertreten wird, gegen weitere Waffenlieferungen ist – würde Deutschland zur Kriegspartei werden, sofern es das nicht schon ist.

Und jetzt, zum Zeitpunkt begonnener Friedensverhandlungen wollen diese Bellizisten noch mehr Waffen in die Ukraine liefern, und in Europa eine militärische Aufrüstung von 700 Milliarden Euro durchziehen? Da sieht man einmal, wohin verletzte Eitelkeit verbunden mit Realitätsverlust führen kann. Haben die noch alle Tassen im Schrank? Dass Annalena Baerbock diesen Unsinn befürwortet, wundert mich nicht, aber stellenweise denkende Menschen wie Boris Pistorius? Wollen diese bellizistischen Politikerdarsteller tatsächlich, dass dieser Krieg weitergeht und noch mehr Menschen durch ihr Mitverschulden sterben? Die meisten ukrainischen Soldaten haben keinen Bock mehr ihren Kopf hinzuhalten für Fehlentscheidungen, welche die oben genannten Personen mitgetragen haben. Jedem Kriegstreiber sollte es zur Auflage gemacht werden seine Kinder und Enkel zuerst an die Front zu schicken und sterben zu lassen, bevor Soldaten als Kanonenfutter zwangsrekrutiert werden. Frau von der Leyen hat doch sieben Kinder zur Welt gebracht. Sind die oder deren Kinder weniger geeignet an der Front zu sterben als zwangsrekrutierte Soldaten, die gar keinen Bock auf diesen Mist haben? Krieg bedeutet, dass junge Menschen, die sich nicht kennen und nicht hassen, aufeinander schiessen, weil alte Säcke, die sich kennen und hassen das so wollen. Diejenigen, die am lautesten plärren und für den Krieg trommeln wie beispielsweise Anton Hofreiter und Roderich Kiesewetter, sollten ihre Sachen packen und in den Krieg ziehen, wenn sie Eier haben. Haben sie aber nicht, sie reden nur in ihren warmen und bequemen Chefsesseln sitzend, während auf dem Schlachtfeld gestorben wird!

Gennady Druzenko, ein einflussreicher ukrainischer Verfassungsrechtler und Gründer des «Mobilen Krankenhauses» sagte in einem Interview zur Berliner Zeitung:

«Die ukrainische Armee zählt eine Million Mann, von denen 800.000 zwangsrekrutiert wurden. Die Stimmung in der Armee ist also gemischt, wie auch die Stimmung in der Gesellschaft insgesamt gemischt ist. Inzwischen zeigen soziologische Umfragen, dass seit Monaten immer mehr Ukrainer bereit sind, mit Russland zu verhandeln, sie träumen vom Frieden. Ich wage daher zu behaupten, dass die Mehrheit der Soldaten bereits davon träumt, nach Hause zu gehen. Wir verlieren täglich Hunderte von Menschen und weitere Quadratkilometer. Hinzu kommt ein Gefühl der sozialen Ungerechtigkeit, da die politische Elite oder diejenigen, die sich Bestechungsgelder leisten können, nicht in die Armee eingezogen werden. Nur wenige träumen davon, bis zum vollständigen Sieg zu kämpfen – sie finden sich in den radikaleren Einheiten wie der «Asow»-Brigade oder der Dritten Unabhängigen Sturmbrigade.»

Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/stimme-aus-der-ukraine-die-mehrheit-der-soldaten-will-nach-hause-gehen-li.2300048>

Und unsere kriegstreiberischen Mächtigen erzählen uns etwas vom Schutz der Demokratie in der Ukraine und der Verteidigung auch unserer Demokratie in diesem kriegsgeschüttelten Land. Mal ist es der Hindukusch, mal die Ukraine, wo „unsere Demokratie“ verteidigt wird in dieser täglichen Märchenstunde mit dem Running Gag „Unsere Demokratie“.

Schlussrunde in ARD und ZDF zur Außenpolitik

In der Sendung «Schlussrunde» zur Bundestagswahl am 20. Februar im ZDF waren vier Frauen beteiligt, die Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios und Moderatorin Diana Zimmermann, Annalena Baerbock, Alice Weidel und Sahra Wagenknecht. Eine dieser Damen redete wie gewohnt viel unqualifiziertes Zeug nach dem Motto «wie kann ich wissen, was ich denke, bevor ich höre, was ich sage». Ich überlasse es Ihrer Fantasie, werte Leserinnen und Leser, wer das wohl gewesen sein könnte.

Annalena Baerbock, die wie ein Wasserfall redete, anderen ständig ins Wort fiel und ihre Redezeit meist nicht einhielt, bekam viel Kritik. «Die Zeiten für Appelle und feministische Außenpolitik sind vorbei» sagte Christian Lindner zu seiner Ex-Kollegin. Ein häufiges Problem in solchen Talk-Runden ist, dass dumme teilnehmende Menschen all das für dumm halten, was sie selbst nicht verstehen. Alexander Dobrindt (CSU) lachte über Baerbocks «feministische Außenpolitik» und nannte ihre Worte «dummes Geschwätz.» Dito, und das nicht nur in dieser Schlussrunde, sondern bereits die letzten drei Jahre in der Funktion Bundesaußenministerin dieser personifizierten Peinlichkeit.

Gerade die Grünen reden gerne über Frieden, tun aber geradezu das Gegenteil dafür. Unter Ex-Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer, der mittlerweile auch die Atombombe ganz okay findet, wurde die Bundeswehr im völkerrechtswidrigen Krieg in Jugoslawien eingesetzt. «Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete» scheint bei den Grünen zu keiner Zeit ernsthaft gemeint gewesen zu sein.

AfD-Bundeskanzlerkandidatin Alice Weidel warnte in der Schlussrunde zu Recht vor Taurus-Lieferungen, die CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz nicht ausgeschlossen hatte. CDU-Generalsekretär Linnemann kontierte: «Sie stehen hinter Putin, ich hinter der Ukraine.» Würden Sie oder Ihre Partei, Herr Linnemann, hinter der Ukraine stehen, hätten Sie von Anfang an auf Friedensverhandlungen gedrängt wie es Sahra Wagenknecht und die AfD tat. Haben Sie und Ihre Partei aber in keiner Weise, sondern wie unmündige Kinder nach noch mehr Waffen für einen von Anfang an nicht gewinnbaren Krieg in der Ukraine geschrien. Der Krieg hätte nach sechs Wochen bei den Verhandlungen in Istanbul beendet werden können, wenn «der Westen bereit dazu gewesen wäre. Die Worte «Nie wieder» sind Ihrer Partei, sowie der FDP, SPD, CSU und am wenigsten den Grünen, die vor der letzten Bundestagswahl noch mit Worten wie «Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete» warben, anscheinend nicht mehr geläufig.»

Baerbock sagte zu Weidel: «Wenn Sie einmal mit den Kindern in der Ukraine gesprochen hätten: Dann würden Sie beten, dass Europa Ihnen beistehen würde.» Ein billiger Versuch, Emotionen beim Publikum zu wecken, Frau Baerbock! Wenn Ihnen Kinder so am Herzen liegen würden, wie Sie vorgeben, warum haben Sie und Ihre doppelmoralische Partei sich dann nicht eindeutig von den tausendfachen kindermordenden Israelis in Gaza distanziert? Ihre verbalen Krokodilstränen kann ich beim besten Willen nicht ernstnehmen, Frau Bundesaußenministerin.

BSW-Chefin Sahra Wagenknecht gab Alice Weidel Schützenhilfe und sagte im gewohnt ruhigen Ton zu Baerbock: «Sie haben nur auf Waffen gesetzt.» Die erwiderte – auf ihre mental weit überlegenen Diskutantinnen Weidel und Wagenknecht deutend – im Kleinmädchen-Stil: «Wären Sie mal in Kiew gewesen!» Weidel reagierte: «Sie haben alles schlimmer gemacht!» Wären Menschen wie Sahra Wagenknecht – die einzige kompromisslose Pazifistin in dieser Runde – als Außenministerin in Kiew gewesen, und nicht Bellizisten wie Sie, Frau Baerbock, hätten Hundertausende Menschen ihr Leben wahrscheinlich nicht verloren.»

Sahra Wagenknecht stellte sich entschieden gegen höhere Militärausgaben und militärisches Engagement in der Ukraine mit den Worten: «Natürlich gefährdet uns das.» Was denn sonst, Ihr verblendeten Kriegstreiber? Bellizisten wie Ihr welche seid, sind massgeblich am Leid von Millionen von Menschen in der Geschichte der Menschheit schuldig.

Brandmauer gegen Bellizisten

Wenn eine Brandmauer im Sinne der Worte «Nie wieder» aufgebaut werden sollte, dann gegen die «Kriegsparteien». Sie sind es, die immer wieder Leid in der Menschheitsfamilie – wie Daniele Ganser die Gemeinschaft von Menschen bezeichnet – verursachen. Sie sind es, die seit jeher durch niedere Instinkte motiviert Unglück über die Menschen gebracht haben.

Die mittlerweile wieder kriegstüchtig gemachten Deutschen und die «demokratischen Parteien» haben eben nicht «aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus» gelernt – wie Sie in Ihrem Post sagten, Herr Scholz, sondern machen die gleichen Fehler Quelle wieder.:

<https://wassersaege.com/blogbeitraege/nie-wieder-eine-brandmauer-gegen-kriegstreiber-parteien-waere-die-konsequenz/>



NaturwissenschaftlerInnen-Initiative

Wir brauchen Investitionen für Klima, Frieden und Zukunft Keine neue Ära der Aufrüstung!

Von: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative newsletter@natwiss.de

Betreff: NatWiss | Keine neue Ära der Aufrüstung!

Gesendet: Dienstag, 11. März 2025 um 11:15

Aufrüstung ist der falsche Weg

Die Europäische Politik folgt weiter der Kriegslogik. Am 4. März 2025 verkündete die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, eine neue Ära der Aufrüstung und versprach Militärausgaben von 800 Milliarden Euro. Am gleichen Tag kündigten in Deutschland CDU/CSU und SPD das Ergebnis ihrer Sondierungsgespräche an: neben einem zivilen Infrastrukturpaket von begrenzten 500 Milliarden Euro soll der alte Bundestag über eine Grundgesetzänderung abstimmen, um unbegrenzte militärische Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen. Großbritannien stellt ebenfalls einen großen Betrag für noch mehr Rüstung bereit, und der französische Präsident wirbt für eine europäische Ausweitung der nuklearen Abschreckung.

Aufrüstung untergräbt Demokratie und Frieden

Während die Beendigung des Ukrainekrieges möglich erscheint und Rüstungskontrolle zwischen den USA, Russland und China in Aussicht gestellt wird, wollen vor allem Europas Regierungen die Militärausgaben steigern, wodurch die Friedens- und Abrüstungsversprechen torpediert werden. Den Brandstiftern mehr militärische Mittel zu geben (bis zu Atomwaffen) erschwert die Bewältigung der heutigen Krisen. Eine gewachsene «Kriegstüchtigkeit» könnte bei kommenden Wahlen in die Hände rechtsradikaler Regierungen fallen. Unbegrenzte Rüstungsausgaben erhöhen unsere Sicherheit nicht, sondern fördern das Wettrüsten und bringen uns einem Weltkrieg näher. Wer aufrüstet, führt auch irgendwann Krieg. In Deutschland und Europa den Weg der Aufrüstung zu beschreiten, untergräbt unsere gefährdete Demokratie weiter und schadet einem zukunftsfähigen Frieden.

Aufrüstung zerstört unsere Zukunft

Eine Vision für Europa fehlt – jenseits eines Siegfriedens durch weitere Opfer der ukrainischen und russischen Bevölkerung. Eine Militarisierung der Wissenschaft und Kürzungen im Umwelt- und Sozialbereich nehmen der jüngeren Generation die Zukunftsperspektive auf saubere Umwelt, gute Bildung, gleichberechtigte Teilhabe und faire Arbeitsbedingungen. Rüstung forciert einen Klimawandel, der unsere Lebensgrundlagen zerstört und schafft Zukunftsschulden, die ökonomisch nicht zu ermessen sind.

Die wirtschaftlich und geopolitisch getriebene Konfrontationspolitik hat ausgedient. Gewaltfreie Reaktionen auf wahrgenommene Bedrohungen sind nicht erschöpft, sondern wurden und werden vernachlässigt. Wir brauchen keine Kriege mehr, kein zusätzliches Geld für Rüstung und erst recht keine Atombomben. Wir brauchen alle Ressourcen für ein gutes Leben für alle. Es gibt keine zweite Erde. Jetzt besteht noch eine letzte Chance für Politik und Diplomatie auf eine Friedensunion Europa. Nutzen wir sie!

Wir wenden uns gegen den enthemmten Aufrüstungs- und Kriegskurs und stehen für einen fundamentalen Politikwechsel in Deutschland und Europa. Europa hat seit seiner Gründung erneut die historische Chance und Pflicht zu einem Friedens- und Zukunftsbündnis zu werden. Wir setzen uns für Zukunftsperspektiven ein, die sich an Friedenslogik und Nachhaltigkeit orientieren.

Wir rufen alle Menschen in Deutschland und in Europa auf, gemeinsam unsere Stimmen gegen diesen Kurs der Aufrüstung und für eine neue Friedensarchitektur in Europa zu erheben.

**So sieht es im «befreiten» Syrien jetzt aus – Über 1000 Tote:
Syrische Streitkräfte schlachten alawitische und christliche**

Männer, Frauen und Kinder ab

uncut-news.ch, März 10, 2025



depositphotos.com

Nach dem Sturz des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad herrschte in der EU grosse Erleichterung. Politiker feierten das Ende des «barbarischen Assad-Regimes», während Abgeordneter Jan Paternotte erklärte, Assad werde «niemals vermisst werden».

Doch die Realität im «befreiten» Syrien sieht anders aus:

Heftige Kämpfe und Ausgangssperren

Nachdem radikale sunnitische Islamisten mehrere Tage lang religiöse Minderheiten in Syrien, vorwiegend in den Küstengebieten, massenhaft ermordet haben, haben die Mainstream-Medien mit Verspätung damit begonnen, darüber zu berichten (da die Morde immer mehr zunehmen und nicht mehr zu ignorieren sind). Einige Korrespondenten schätzten die Zahl der Toten auf Tausende, vorwiegend Alawiten, aber auch syrische Christen, während das Post-Assad-Syrien unter der Führung von Hayat Tahrir al-Sham (HTS) Jolani zerfällt.

«Die Zahl der Todesopfer der zweitägigen Zusammenstösse zwischen syrischen Sicherheitskräften und Anhängern des gestürzten Präsidenten Bashar Assad und der anschliessenden Rachemorde ist auf mehr als 1000 gestiegen, wie eine Kriegsbeobachtungsgruppe am Samstag mitteilte. Damit handelt es sich um eine der tödlichsten Gewalttaten seit Beginn des syrischen Konflikts vor 14 Jahren», berichtet The Associated Press.

Die Dschihadisten, zu denen sowohl ausländische Kämpfer als auch regierende HTS-Mitglieder gehören, dringen in einigen Fällen einfach in die Häuser von Nicht-Sunniten ein und massakrieren ganze Familien. Die Terroristen schrecken auch nicht davor zurück, ihre Morde im Internet und in Livestreams hochzuladen.

Männer, Frauen, Kinder und sogar Säuglinge werden brutal ermordet.

- Tausende Soldaten wurden in die umkämpften Gebiete entsandt.
- In den Küstenstädten Latakia und Tartus wurde eine Ausgangssperre verhängt.
- Auch in Aleppo und Homs gibt es Berichte über gewalttätige Zwischenfälle.
- Im Süden kommt es zu Konfrontationen mit den Drusen.

Syrien im Chaos

Das Land versinkt zunehmend im Chaos. Aufnahmen zeigen, wie eine Leiche hinter einem Auto durch die Straßen geschleift wird, während Menschen «Allahu akbar» rufen.

Nach Assads Sturz übernahm die Terrororganisation Hayat Tahrir al-Sham (HTS) unter Abu Mohammed al-Jolani die Kontrolle. Jolani ist ein ehemaliger ISIS- und Al-Nusra-Terrorist und stand bis in jüngster Vergangenheit auf der FBI-Fahndungsliste. Doch nach Besuchen von amerikanischen und britischen Würdenträgern wurde die Belohnung für seine Ergreifung plötzlich entfernt.

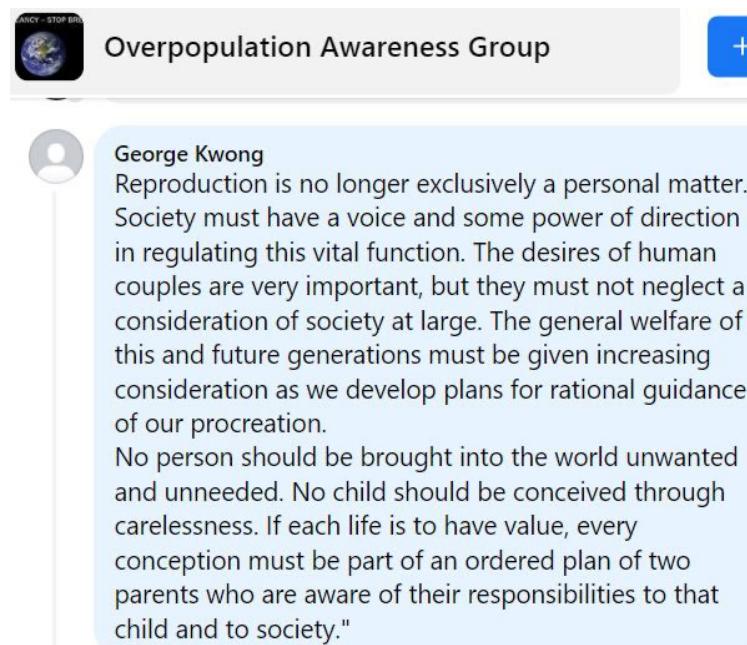
Brutale Hinrichtungen und «gemässigter Dschihad»

Seit dem Sturz Assads kursieren unzählige grausame Videos im Internet. Sie zeigen, wie syrische Milizen mutmassliche Assad-Sympathisanten kaltblütig hinrichten.

Den westlichen Medien zufolge soll es sich dabei um einen «gemässigten Dschihad» handeln. Während dessen starten einige Europäische Länder eine Kampagne zur freiwilligen Rückkehr für syrische Flüchtlinge.

Quelle: <https://uncutnews.ch/so-sieht-es-im-befreiten-syrien-jetzt-aus-ueber-1-000-tote-syrische-streitkraefte-schlachten-alawitische-und-christliche-maenner-frauen-und-kinder-ab/>

**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter –
Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**



George Kwong
Reproduction is no longer exclusively a personal matter. Society must have a voice and some power of direction in regulating this vital function. The desires of human couples are very important, but they must not neglect a consideration of society at large. The general welfare of this and future generations must be given increasing consideration as we develop plans for rational guidance of our procreation.
No person should be brought into the world unwanted and unneeded. No child should be conceived through carelessness. If each life is to have value, every conception must be part of an ordered plan of two parents who are aware of their responsibilities to that child and to society."

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarf auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht

nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbols, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmäßig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoctrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

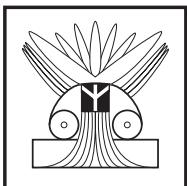


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todesymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fußt – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todesymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbols umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todesymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachs-

tum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbols weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbols aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

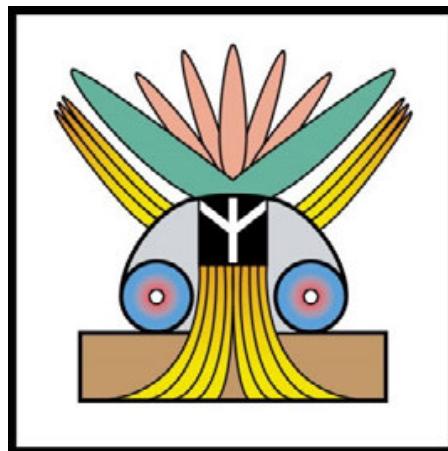
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.

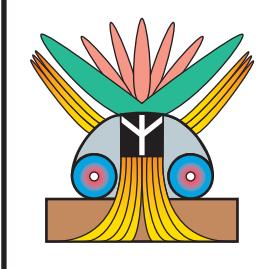


Schöpfungsenergielehre-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ**



**EIPHNH
VREDE**
平和
שָׁרֶם
শান্তি
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber**Grössen der Kleber:**

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300X300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrütli 1225
8495 Schmidrütli
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrütli, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

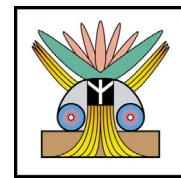
Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

**© FIGU 2025**

Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli ZH, Schweiz